

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigentel: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petzseite oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Ernst Deinhardt †

Am Morgen des ersten Pfingstfeiertages ist Ernst Deinhardt sanft entschlumert. Sein Tod kam uns nicht überraschend. Seit langem war Deinhardt schwer leidend, aber er verstand es mit bewundernswerter Energie gegen die Krankheit anzukämpfen. Als er sich dann in den letzten Tagen des März doch legen mußte, da wußten wir, daß er am Ende seiner Kraft angelangt sei und daß er sich nicht wieder vom Krankenlager erheben würde.

Unserm Kollegen war kein langes Leben beschieden. Am 2. Juli 1872 zu Wöbstedt bei Sena geboren, hat er nur ein Alter von 37 Jahren erreicht. Aber er hat es verstanden, seine Zeit zu nützen; er hat der deutschen Arbeiterbewegung und insbesondere unserm Deutschen Holzarbeiterverband unschätzbare Dienste geleistet und sein Tod hat eine Lücke gerissen, die nur sehr schwer wieder zu füllen sein wird.

Bald nach Beendigung seiner Lehrzeit war Deinhardt, dem alten Brauch folgend, auf die Wanderschaft gegangen. Sein Ehrgeiz war darauf gerichtet, es als Tischler zur möglichsten Vollenbung zu bringen. Dieses Ziel hatte der Jüngling im Auge, als er zu Beginn der neunziger Jahre dem Deutschen Tischlerverband beitrug. Die berufliche Fortbildung der Mitglieder war allerdings nicht, wie der Lernbegierige erwartet hatte, die wichtigste Aufgabe des Verbandes. Aber in der Organisation ging ihm eine neue Welt auf. Er lernte die Zwecke und Ziele der Gewerkschaftsbewegung kennen und wurde bald ein begeisterter Kämpfer im Heere der organisierten Arbeiter.

Es war kurz nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes; in der Arbeiterschaft ganz Deutschlands gährte und brodelte es; das Vereins- und Versammlungsleben war von der schwerempfundener Fessel endlich befreit und alles drängte nach vorwärts. Selbstverständlich gehörte auch unser Deinhardt bald zu den Stillruhmern und Drängern. Er war auf seiner Wanderschaft nach Köln gekommen und hatte hier festen Fuß gefaßt. Seine Fähigkeiten hatte man bald erkannt, insbesondere war man auf seine hervorragende Rednergabe aufmerksam geworden und längere Zeit hindurch gehörte Ernst Deinhardt zu den beliebtesten Rednern in den Arbeiterversammlungen in Rheinland-Westfalen.

Natürlich wurden ihm eine Reihe von Vertrauensposten sowohl in der politischen als auch in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung übertragen; die er mit Fleiß und Umsicht ausgefüllt hat. Mit besonderer Befriedigung gedachte er später öfters seiner Tätigkeit als Mitglied der Redaktionskommission der „Rheinischen Zeitung“, die ihn mit Männern in Berührung brachte, zu welchen er als zu seinen Lehrern aufzählte. Tatsächlich hat Ernst Deinhardt jene Rheinische Zeit fleißig ausgefüllt und in ernster Arbeit sich einen Fonds von Wissen angeeignet, der ihm später trefflich zu statten kam.

Im Jahre 1898 hat Deinhardt den Hovel aus der Hand gelegt. Sein Körper schien die Strapazen, die er sich zugenutet, nicht länger aushalten zu wollen. In Elberfeld, wohin er überfiedelte, fand er wohl eine andere Beschäftigung aber durchaus keine Erholung. Er begann von dem Ertrag seiner Feder zu leben, aber es war ein recht mageres Brot, das sie ihm abwarf. Seine Verhältnisse schienen sich bessern zu sollen, als er im Jahre 1899 eine Stelle als Redakteur an die „Freie Presse“ in Straßburg i. El. annahm; aber auch dort sollte seines Bleibens nicht lange sein. Zur vollen Befriedigung gelangte er erst, als er im Jahre 1900 nach Hamburg an die „Holzarbeiter-Zeitung“ berufen wurde, und er sich hier ganz dem Dienste unseres Holzarbeiterverbandes widmen konnte.

Im Verband war Deinhardt weiteren Kreisen zuerst bekannt geworden, als er als Delegierter von Köln sich auf dem Verbandstag in Göttingen im Jahre 1898 bemerklich machte. Er wurde in der Folgezeit vielfach als Redner in den verschiedensten Teilen des Reiches verwendet und überall hat er sich Freunde erworben, die gern seinen Reden lauschten. Er verstand es, die Massen zu elektrisieren und sie mit sich fortzureißen. Die Wirkung seiner Vorträge, die stets gründlich durchgearbeitet waren, wurde wesentlich unterstützt durch sein ungewöhnlich kräftiges und modulationsfähiges Organ, das nun leider für immer verstummt ist.

In der „Holzarbeiter-Zeitung“, an welcher Deinhardt zunächst als zweiter Redakteur wirkte, machten sich bald die Spuren seines Geistes bemerklich. Als zu Neujahr 1905 die „Holzarbeiter-Zeitung“ an den Sitz des Vorstandes nach Stuttgart überfiedelte, übernahm er an Stelle des zurückgetretenen Kollegen Müste die Leitung unseres Blattes, und wenn heute die „Holzarbeiter-Zeitung“ von Freund und Feind als eine der bestredigierten Gewerkschaftszeitungen angesehen wird, so ist das vornehmlich dem Wirken Ernst Deinhardts zu danken.

Mit der Verlegung des Verbandssitzes nach Berlin im Späthjahr 1908 war ein Lieblingswunsch unseres Deinhardt erfüllt worden. In Berlin gedachte er neue Verbindungen anzuknüpfen, alte Freundschaften zu erneuern und so seinen Gesichtskreis zu erweitern, auf daß er in noch höherem Maße imstande sei, sich den Aufgaben zu widmen, die ihm durch Beruf und Stellung zugewiesen waren. Wie so manche andere Absichten hat er auch diese nicht ausführen können. Im Herbst suchte er, wenn nicht Heilung, so doch Linderung seines Leidens in Wiesbaden; es war aber eine vergebliche Hoffnung. Die wenigen Monate, die er noch in Berlin zubrachte, waren eine Zeit schweren körperlichen Leidens. Aber er hielt sich unter Anspannung aller Energie aufrecht und unter Mißachtung aller körperlichen Beschwerden widmete er sich mit eisernem Fleiß seinen Arbeiten. Die Arbeit war ihm Bedürfnis, und öfters äußerte er, daß es nur die Arbeit sei, die ihn aufrecht erhalte.

Nicht nur in den Spalten der Holzarbeiter-Zeitung hat Deinhardt seinen Ansichten Ausdruck gegeben, auch in den Sitzungen des Verbandsvorstandes und auf den Bauvorsteherkonferenzen hat man seinen Ratshlägen gern Gehör geschenkt. Als erster Redakteur der Holzarbeiter-Zeitung hat er an den Verbandstagen und Gewerkschaftskongressen sowie auch an dem internationalen Kongress in Stuttgart teilgenommen. Er hat auf diesen Versammlungen öfters das Wort ergüßelt und seine Reden fanden stets aufmerksame Zuhörer.

Ueber seiner Tätigkeit als Gewerkschaftler und Politiker hat Deinhardt aber auch seine alte Liebe zum Kunstgewerbe nicht vergessen. Das im Jahre 1906 gegründete „Fachblatt für Holzarbeiter“ ist sein Werk. Die Arbeit am „Fachblatt“ gewährte ihm einen ganz besonderen Genuß. Wenn er notgedrungen auf andere Betätigung verzichten mußte, von der Redaktion des Fachblattes wollte er sich nicht trennen. Noch auf seinem letzten Krankenlager hat er an „Fachblatt“ gearbeitet und er hat es schwer empfunden, als die sinkenden Kräfte ihn nötigten, diese liebste Beschäftigung aufzugeben. Er hat es aber auch verstanden, das „Fachblatt für Holzarbeiter“ inhaltlich auf eine hohe Stufe der Vollenbung zu bringen und er hat es mit Recht stolz sein auf das Lob, welches dieser kunstgewerblichen Zeitschrift von allen Sachkennern in so reichem Maße gesendet wird.

Besonders zu rühmen ist der rastlose Fleiß, den Deinhardt auf alle die Aufgaben verwendete, die er sich gestellt hatte. Seit langem körperlich eine Ruine, konnte doch sein Betätigungsdrang keine Grenzen und sein Beispiel wirkte anfeuernd auf seine Umgebung. Der Reim der Schwindsucht mag er von Jugend auf in sich getragen haben und die harte körperliche und geistige Arbeit in seiner rheinischen Zeit, verbunden mit einer mangelhaften Ernährung, haben seine Gesundheit vollends untergraben. Hat er sich doch oft genug in jener Zeit buchstäblich den Wissen vom Munde abgepart, um sich Bücher kaufen zu können. In Hamburg kamen bessere Tage; dort fand er die Gattin, die ihn jahrelang in aufopferndster Liebe pflegte und die nun im Verein mit zwei unmündigen Kindern an seiner Waise trauert. Aber seine Gesundheit war untergraben. Im Jahre 1903 wurde er aufs Krankenlager geworfen, das er erst nach neun Monate langem Stechtum verlassen konnte. Um sein Leben zu erhalten, hatte man ihm ein Bein amputieren müssen.

Seine körperliche Bewegungsfähigkeit war nun schwer beeinträchtigt, das hinderte ihn aber ebenso wenig wie die immer deutlicher wirkenden Spuren der fortschreitenden Lungentuberkulose an der Entfaltung einer intensiven Agitationstätigkeit in Wort und Schrift. Sehr schwer hat er empfunden, daß er in den letzten Monaten den vielfach geäußerten Wünschen nach einem Vortrag nicht mehr entsprechen konnte. Um so rastloser war er schriftstellerisch tätig im Interesse der Organisation, bis ihm der Tod die Feder aus der Hand schlug.

Nun ist Deinhardt tot! Mit seiner Familie trauert der ganze Verband um ihn. Und wir haben wahrlich Grund, sein frühzeitiges Hinscheiden schmerzlich zu empfinden. Das Große, was er für unsere Organisation, was er für die deutsche Arbeiterbewegung geleistet hat, berechtigte zu den höchsten Erwartungen. Er hatte noch vieles vor, gar manchen Plan hat er in seinem Hirn gewälzt, aber es war ihm nicht mehr vergönnt, seine Absichten zur Durchführung zu bringen.

Nur eine verhältnismäßig kurze Spanne Zeit hat er in der vordersten Kampfreihe gestanden, aber er hat diese Zeit trefflich ausgenutzt. Er hat sich dauernde Verdienste um unsere Organisation erworben und im Deutschen Holzarbeiterverband wird der Name Ernst Deinhardt nie vergessen werden.

Der Beamten- und Generalstreik in Frankreich.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Innerhalb weniger Wochen haben wir in Frankreich drei für die Gewerkschaftsbewegung außerordentliche Vorgänge erlebt: Zwei Beamtenstreiks und einen Generalstreik. Gewiß ist vieles, das meiste, an diesen Vorgängen in den französischen Verhältnissen begründet, doch bleibt noch manche interessante Erscheinung, die internationalen Charakter hat, und deren Anwendung auch für deutsche Gewerkschaftler sich ergibt. Im übrigen ist es im Interesse der internationalen Verständigung immer gut, auch die besonderen Verhältnisse und Kampfbedingungen anderer Länder zu kennen. Ehe wir den Hergang der zwei Streiks der Postangestellten erzählen, ist es notwendig, auf deren tiefere Ursachen kurz einzugehen. Die politische und administrative Organisation Frankreichs ist ein im Laufe der letzten 120 Jahre gewordenes Stückwerk, das oft zueinander in unüberbrückbarem Widerspruch steht, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, die kapitalistische Herrschaft im Namen der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ auszuüben.

Administrativ und politisch ist Frankreich in ein überspanntes zentralistisches System eingepfercht, das politisch von der Revolution von 1789 und administrativ von Napoleon I. her stammt. Ohne Zustimmung des Parlaments bezw. der Regierung kann keine Lokalbahn gebaut, kein Krankenhaus errichtet werden, und es hängt oft vom politischen Wohlverhalten eines Kreises ab, ob er dazu die Genehmigung erhält. Auf dieses überspannte zentralistische System ist die parlamentarische Wahlkreispolitik aufgepfropft. Die Regierungsbezirke, Kreise und bis zu einem gewissen Grade selbst die Gemeinden, hängen in ihren gemeinsamen Interessen von der Regierung ab, diese jedoch völlig von den Parlamentariern, und die Parlamentarier wieder teilweise von der offiziellen Wahlschlichter der Regierung. Daraus und aus anderen Nebenerscheinungen des bürgerlichen Parlamentarismus hat sich eine Günstlingswirtschaft entwickelt, die besonders unerträglich wird, wo sie politisch korrumpierend auftritt. Die meisten bürgerlichen Parlamentarier sind der Meinung, daß jeder Beamte, vom Nachtwächter und Briefträger bis hinauf zu den Richtern, verpflichtet sei, für sie zu stimmen, womöglich zu agitieren, mindestens nicht gegen sie aufzutreten. Wer sich politisch mißlieblich macht, wird diszipliniert, verstoßen und auf jede Weise schikaniert. Außerdem halten sich diese Parlamentarier für berechtigt und gewissermaßen verpflichtet, ihre näheren und entfernteren Verwandten, Freunde und Bekannten in gut bezahlte Beamtenstellen unterzubringen, zum Nachteil der Beamten von Karriere. Diese Günstlingswirtschaft, gegen die die Beamten völlig machtlos sind, ist infolge der in den letzten Jahren erfolgten Zuspitzung der politischen Verhältnisse geradezu unerträglich geworden. Die Radikalen, eine Kleinbürgerlich-demokratische Partei, haben sich vorzüglich der kleinen Beamten bedient, um zur politischen Herrschaft zu gelangen. Da angelangt, waren sie fatalerweise gezwungen, die Geschäfte des Kapitalismus zu besorgen, und die enttäuschten Beamten, die auf die Erfüllung der gemachten Versprechungen pochten, mit brutaler Gewalt niederzuhalten. Der Konflikt konnte nicht ausbleiben.

Daß er zunächst bei den Postbeamten ausbrach, ist ein bloßer Zufall. Die französische Postverwaltung ist an sich nichts weniger als musterhaft. Die Zahl der Beamten ist ungenügend und die Löhne der Unterbeamten unzureichend. Der gegenwärtige Unterstaatssekretär des Postamtes, ein gewisser Simban, ein talentvoller Parlamentarier und Protegé des einflussreichen Politikers Sarrien, hatte sich bei den ihm unterstellten Beamten durch ein kniffliges Sparsystem, wodurch ein großer Teil der Beamten in seinen Abcementsbedingungen geschädigt wurde, sowie durch ein politisches Verfolgungssystem äußerst mißlieblich gemacht. Bei einer spontanen, wider den Willen der Organisationsleitung stattgefundenen Kundgebung der Pariser ambulanten Postbeamten, kam es zu einer brutalen Polizeiaffäre, die sich, unter Mithilfe und Leitung Simbans, im Zentralkongressen fortsetzte. Herr Simban beging dabei die Plumpheit, die protestierenden Telegraphistinnen zu beschimpfen. Die Empörung unter den zunächst betroffenen Beamten wurde durch Verhaftungen, Verurteilungen und Maßregelungen noch gesteigert. Der Streik brach aus.

Mit einem Streik hatte diese erste Bewegung eigentlich nur die Arbeitsverweigerung gemeinsam. Es war im Grunde nur ein elementarer Ausbruch eines seit Jahren aufgehäuften Grolls. Zunächst forderte man nur die Freilassung der verhafteten Kollegen und die Zurücknahme der Beleidigungen. Forderungen, die unmittelbar darauf in die Forderung der Demission des Unterstaatssekretärs verdichtet wurden. Erst nachdem der Streik schon im vollen Gange, das Streikkomitee gewählt war, wurden dann auch eine Reihe wirtschaftlicher Forderungen, u. a. die Zurücknahme des Dekrets, das die Beamten in ihren Abcementsbedingungen schädigte, aufgestellt. Nach achtägigem Streik siegten die streikenden Beamten auf der ganzen Linie. Selbst die Entlassung des verhassten Unterstaatssekretärs wurde ihnen andeutungsweise zugesagt. Die Regierung war von dem Streik völlig überrumpelt worden. Sie versuchte sich wohl mit Militärtelegraphisten zu behelfen, doch erwiesen diese sich völlig unfähig, was ja begreiflich ist. Um Telegraphist zu sein gehört, wie zu allen Berufsarbeiten, eine große Fertigkeit und Übung, die man

in zwei Jahren nicht erlangt, geschweige denn, wenn der größte Teil dieser Zeit mit anderen militärischen Verrichtungen ausgefüllt wird. Auch als ambulante Postbeamte versuchte man Militär zu benützen, was allerdings erst recht nicht ging, denn hierzu gehört außer einer gewissen Übung noch eine erhebliche Portion geographischer Kenntnisse. Die Regierung mußte nachgeben, weil der Postdienst gerade infolge des Verzagens seiner Sprungfedern, des Telegraphen-, Telephon- und ambulanten Dienstes, völlig lahmgelagert war. Die Zugeständnisse, die die Regierung den Postbeamten gemacht hatte, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, waren von großer prinzipieller Bedeutung. Sie enthielten im wesentlichen die Kontrolle der Beamten bei der Organisierung und Leitung der Staatsmaschinerie, ausgeübt durch die Organisationen der Beamten. Sie verkündeten gewissermaßen das Aufheben der Kleinherrenschaft der Bourgeoisie im Staate, und ein bürgerlicher Historiker nannte denn auch den Streik der Postbeamten das größte geschichtliche Ereignis seit der großen französischen Revolution.

Daß die Bourgeoisie nicht so ohne weiteres auf ihre Herrschaft im Staate verzichten würde, war natürlich. Sie bereite die Nebanche vor. Es wurde alles getan, und die Regierung war da nur ein willenloses Werkzeug der Großbourgeoisie, um einen zweiten Streik zu provozieren. Es muß gesagt werden, daß die Postler der Bourgeoisie und ihrer Regierung die Nebanche durch eine ungeschickte Taktik erleichterten. Es gibt vier Organisationen der Postangestellten: 1. der Generalverein der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten; 2. die Gewerkschaft der Post-, Telegraphen- und Telephonarbeiter; 3. die Gewerkschaft der Postunterbeamten, und 4. der Generalverein der Postunterbeamten. Die Generalvereine sind keine Gewerkschaften, die rechtlich auf Grund des Gewerkschaftsgesetzes von 1889, sondern Berufsvereine, die auf Grund des Vereinsgesetzes von 1901 bestehen. Die Frage, ob Beamte und Unterbeamte sich gewerkschaftlich organisieren können, ist juristisch strittig. 1894 nahm wohl die Kammer eine Resolution an, die allen Beamten, die „nicht einen Teil der öffentlichen Macht darstellen“, also nicht gewisse Polizeibefugnisse haben und nicht Regierungsbeamte im engeren Sinne sind, das Gewerkschaftsrecht zusprach. Inzwischen hat sich jedoch die Auffassung der Kammermehrheit geändert und die Jurisprudenz selbst hat die Frage noch nicht unzweideutig entschieden. Nach unserer Auffassung ist die Frage jedoch von untergeordneter Bedeutung, und daß der Zusammenschluß in einen Berufsverein die Beamten nicht hindern braucht, sogar zum Streik zu greifen, hat der erste und der zweite Poststreik genügend bewiesen. Im übrigen sind die Meinungen innerhalb der organisierten Beamenschaft darüber selbst geteilt, und das allein hätte die vereinigte Organisationsleitung der drei erstgenannten Organisationen veranlassen sollen, die Lösung dieser Frage auf ruhigere Zeiten zu verlagern.

Statt dessen machten die Führer der Bewegung daraus ein Stiefkind, hielten revolutionär klingende Reden, spalteten also moralisch die Beamenschaft, statt sie zu vereinen und zunächst für den Ausbau der Organisationen zu sorgen. Dann kamen die Provokationen der Regierung. Maßregelung folgte auf Maßregelung, der schließlich, ob das Parlament entschieden hatte, die vorzeitige Erklärung des zweiten Poststreiks folgte.

Der zweite Poststreik, der am 17. Mai ausbrach, hatte 30 000 Mitglieder eine respektable Macht bildet, einen Kongress abgehalten und auf Forderungen der Postler beschloß, eine Urabstimmung vorzunehmen über einen eventuellen, gemeinsam mit den Postlern zu veranstaltenden Generalstreik, zwecks Durchsetzung der eigenen Forderungen der Eisenbahner. Statt nun das Resultat der Abstimmung abzuwarten, die zweifellos eine große Mehrheit für den Streik ergeben hätte, gingen die Postler allein vor.

Der Streik war von vornherein gescheitert. Die Telegraphen- und Telephonbeamten, die beim ersten Streik die Kerntruppe gebildet hatten, wollten zunächst noch die Entscheidung des Parlaments abwarten. Damit war der erste Clan gebrochen und statt an Ausdehnung zuzunehmen, nahm der Streik ab. In ihrer Verzweiflung wandten sich die Postler an die Führer der Gewerkschaftsbewegung um Hilfe. Guérard, der Generalsekretär der Eisenbahner, der zum reformistischen Flügel zählt, ließ sich verleiten, in einer Versammlung der Streikenden den unmittelbar bevorstehenden Streik der Eisenbahner in Aussicht zu stellen, obwohl er wußte, daß mit dem Versagen des Poststreiks auch der Streik der Eisenbahner vorläufig unmöglich gemacht war. Andere „revolutionäre“ Gewerkschaftler, gaben ähnliche Erklärungen ab, an deren Ernst allerdings keiner, der die Dinge kennt, glaubte. In der Konföderation der Gewerkschaften wurde vom revolutionären Flügel zu einem Generalstreik getrieben, obwohl im Grunde niemand an dem Mißerfolg eines solchen Solidaritätsstreiks mit den Postlern, die außer den 650 Gemahregelungen fast alle die Arbeit wieder aufgenommen hatten, zweifelte. Wenn die revolutionären Syndikalisten auf einen Generalstreik so heftig bestanden, so hatte das noch einen wesentlich anderen Grund. Man wollte dem vor kurzem durch die Reformisten gewählten Sekretär der Konföderation, Niel, Schwierigkeiten bereiten, ihn eventuell zur Demission zwingen, damit die Leitung wieder in die Hände der Syndikalisten käme. Niel wehrte sich energisch gegen den Generalstreik, und in einer Rede in Lens, anläßlich des Kongresses der

Bergarbeiter, erklärte er, daß das Proletariat zum Generalstreik noch nicht genügend organisiert sei.

Trotzdem beschloß am folgenden Tag das vereinigte Komitee der Konföderation (Arbeitsbörsen und Gewerkschaftsverbände) den Generalstreik. Der Beschluß wurde zunächst geheim gehalten und nur in einem lakonischen Communiqué an die Presse die Pariser Arbeiterschaft aufgefordert, sich „zum Generalstreik vorzubereiten“. Das war am 17. Mai. Am 18. trat das Komitee erneut zusammen. Die Sitzung war lang und stürmisch, doch schließlich siegte der extreme Flügel. Es wurde eine Kommission gewählt, die die nötigen Vorbereitungen treffen sollte. Diese Vorbereitungen bestanden darin, den Beschluß vorerst geheim zu halten, einen Aufruf zu redigieren und ihn in später Nachtstunde der Presse zuzusenden. Der Aufruf war nichts weiter wie die Erklärung des Generalstreiks für den folgenden Tag, den 19. Mai.

Nach der biblischen Geschichte brauchte der Herrgott sechs Tage, als er die Welt erschuf. Unsere Revolutionäre halten sich für Ubergötter. Sie brauchen nicht einmal einen Tag, um den Generalstreik zu schaffen. Freilich war er auch danach. Am 1. Tag mögen nach unseren persönlichen Ermittlungen etwa 4—5000 Arbeiter gestreikt haben, und zwar 800 Möbelschreiner, 1000 Wauschreiner und etwa 3000 Erd- und Bauarbeiter. Der zweite Tag war ein Feiertag (Himmelfahrtstag). Am dritten Tag mögen noch 5000 Bauarbeiter dazu gekommen sein. Das war der „Generalstreik“. Damit hatten selbst die Syndikalisten genug und am Freitagabend wurde der Streik aufgehoben.

Die Wirkung dieses „Generalstreiks“ war eine mehrfache. In der Niederlage der Postler war die Niederlage des gesamten organisierten Proletariats gekommen. Die Regierung, die wenige Wochen vorher vor den Postlern hat kapitulieren müssen, triumphierte mit Leichtigkeit über diese und über die gesamte Arbeiterklasse. Aus der Niederlage der Bourgeoisie war eine Niederlage des Proletariats geworden. Noch während des „Generalstreiks“ wurde gegen den Sekretär der Konföderation ein skandalöses Kesseltreiben veranstaltet, Mißtrauensresolutionen gegen ihn wurden angenommen, darunter auch eine in der Versammlung der Pariser Möbelschreiner. Die Gewerkschaften hatten nicht nur eine Niederlage erlitten, sie wurden durch den Streik innerlich zerrissen und die Bruderkämpfe begannen leidenschaftlicher; denn je Merkwürdiger ist, daß gerade jene Syndikalisten, die vorgeben, daß in den deutschen Zentralverbänden die Mitglieder sich den Befehlen der Organisationsleiter zu beugen hätten, den Befehl zum Generalstreik geben, ohne die Mitglieder, ja ohne die Vertrauensleute der Mitglieder zu befragen.

Das vorläufige Ergebnis ist die Maßregelung vieler Arbeiter, die der Generalstreikspartei gefolgt waren, Mißtrauen und Zank innerhalb der Gewerkschaften, die erzwingene Demission des 1. und 2. Sekretärs der Konföderation, Niel und Thil, und die als Wahrscheinlichkeit erdörte Spaltung der Gewerkschaften in reformistische und revolutionäre. Die Situation ist ähnlich wie 1903 in Holland nach dem verunglückten Eisenbahner- und Generalstreik, dem auch ein siegreicher Streik vorausgegangen war und dem die Spaltung und jahrelange Mähmung der Gewerkschaften folgte. Möge uns heiliges Gas erspart bleiben!

Der VII. christliche Gewerkschaftskongress

Am 18. Juli und die folgenden Tage in Köln stattfinden. Die christlichen Gewerkschaftskongresse finden nicht in regelmäßigen Zwischenräumen statt, sondern wie es der Bedarf erfordert. Der erste tagte vor zehn Jahren, also 1890, in Mainz; die folgenden wurden abgehalten 1900 in Frankfurt a. M., 1901 in Arefeld, 1902 in München, 1904 in Essen, 1906 in Breslau. Der jetzige ist eine Art Jubiläumsveranstaltung, insofern, als zehn Jahre vergangen sind seit der Abhaltung des ersten christlichen Gewerkschaftskongresses und anderthalb Jahrzehnte seit dem Inseltreten der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die im Jahre 1894 mit der Gründung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute im Oberbergamtsbezirk Dortmund einsetzte. Und wenn dieser „Jubiläumskongress“ in Köln abgehalten wird, so mag das gelten als Zeichen des Dankes für die Förderung, die die christlichen Gewerkschaften von Köln allzeit empfangen haben. Köln ist der Sitz der Leitung der rheinischen Zentrumspartei, in deren Kreisen sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit, die katholischen Arbeiter vor der Sozialdemokratie zu bewahren, am frühesten und am dringlichsten einstellen mußte. Im industriellen Westen hat das Zentrum die wichtigsten städtischen Wahlkreise zu behaupten oder zu verteidigen, je nachdem es ihm gelingt, sich die hier ausschlaggebende Arbeiterschaft zu sichern. Deshalb mußte gerade in den führenden Kreisen der rheinischen Zentrumspartei nach dem gewaltigen Vordringen der Sozialdemokraten bei den Wahlen 1890 und 1893 darauf Bedacht genommen werden, den katholischen Arbeitern eine Organisation zu geben, die sie hinderte, sich den sozialistischen Gewerkschaften und über diese sich der Sozialdemokratie zuzuwenden. So ist gerade von Köln aus der Gebanke der christlichen Gewerkschaften mit besonderem Eifer propagiert und die Bewegung unter Aufgebot des katholischen Volksvereins und aller verfügbaren Kräfte im geistlichen und weltlichen Gewande gefördert worden.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Züßlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Alt- wasser in Schlesien (Schmidtgen), Barge- heide (Görh), Bochum, Buer, Dortmund, Duisburg, Gisleben (Ochsler), Fried- land in Schlesien (Friedländer Holzwarenfabrik), Gelsenkirchen, Goslar (Wagner), Ham- born, Helmstedt (Saalfeld), Herford (Dörnte, Herforder Möbelindustrie), Herne, Horst-Emscher, Donik, Büdenscheid (Otto Kienke), Mech (Ochem), Mülheim (Mühr), Mü- nchenaue (Göh), Nördlingen, Mün- berg, Oeynhausen (Strahe, Droste und Ottens- meier), Schneidemühl, Schwerte, Sens- burg, Stolp in Pommern (Konstantin Decker), Stralsund (Nischelmann), Sirelich in Mecklen- burg, Mettersen in Holstein (Turingerätefabrik Fischer u. Co.), Wanne, Wildbad im Schwarz- wald (Brachhold), Würsichofen, Würzburg, Wien, Webeh in der Schweiz, Budapest, Mondwilde in Holland.
 - Korbmachern nach Gisleben (Bujak, Wicht), Halle a. S. (Schmidt), Loik, Mühlberg a. S. (Thiere), Wettin bei Halle a. S., Malmö in Schweden.
 - Knopfmachern nach Frankenhausen a. Kyffh. (Wolff, Schneider).
 - Drechsler nach Gohlberg i. Thür. (Hartwig), Gelsen- kirchen (Stauch), Böhschenbroda-Nieder- löblich (Mierich), Mettersen (Fischer u. Co.).
 - Polierern nach Gelsenkirchen (Stauch).
 - Stiftmachern nach Hamburg-Altona.
 - Stellmachern nach Hamburg-Altona.

Wenn nun die Christlichen auf ihrem nächsten Kongreß einen Rückblick werfen auf das anderthalb Jahrzehnt ihrer Tätigkeit, werden sie Ursache haben, sich ihrer Erfolge zu rühmen? Gewiß wird es aus den Reden herausklingen wie ein Lob und eine Freude über das Erreichte, denn es gesteht niemand gerne ein, daß er sich enttäuscht fühlt, daß seine Hoffnungen nur zum kleinen Teil eingetroffen sind, seine Bemühungen bei weitem nicht das Ergebnis ge- habt haben, das man sich versprochen hat. Am allerwenig- sten sind die Christlichen dieser Selbstüberwindung fähig, weiß man doch, wie sehr sie es lieben, die kleinsten Erfolge aufzubauschen und sich ihrer Taten zu rühmen, auch wenn sie allen Anlaß hätten, hübsch bescheiden zu sein und daran zu denken, daß sie immer nur den Schwanz am mächtigen Körper der großen Massenbewegten Arbeiterbewegung waren, ein Anhängsel, das der Fortbewegung mehr hinder- lich als förderlich ist. Selbstverständlich werden das die Christlichen nicht zugeben, sie werden auch nicht ein- gestehen, daß die Hoffnungen, mit denen sie ins Leben traten, nicht eingetroffen sind, sie werden in Köln mit vollen Waden ihre Notwendigkeit, ihre Bedeutung für die Gegenwart und die Zukunft preisen und sich stellen, als ob sie in überreichem Maße beloved seien für die Be- mühungen, die Arbeiterchaft dem christlichen Gedanken zu erhalten und vor der Sozialdemokratie zu schützen.

In Wirklichkeit weiß jeder, der mit den Anfängen der christlichen Gewerkschaftsbewegung vertraut ist, daß die christlichen Agitatoren und Organisatoren sich damals mit sehr weitgehenden Hoffnungen trugen. Man gedachte unter der Masse der Unorganisierten reiche Ernte zu halten. Was nicht organisiert ist, so hörte man Mitte der neunziger Jahre von ultramontanen Rednern und Blättern verkünden, beweist damit, daß es von den bestehenden Ver- bänden nichts wissen will; diese Leute gilt es, für den christlichen Gedanken zu gewinnen! Ohne Zweifel rechnete man damals mit der nahen Aussicht, die sozialistischen Gewerkschaften an Zahl erreicht oder gar übertroffen zu haben — denn das Werk, die Sozialdemokratie durch die Uebermacht christlicher Arbeiter zum Stillstand zu bringen, den Umsturz zu überwinden, war ja doch der eingetandene Zweck der christlichen Gewerkschaften. Und wenn dann weiter, namentlich auf den ersten Kongressen der Christlichen, der Gedanke der sogenannten neutralen pari- tätlichen Organisationen geäußert wurde, in denen der sozialdemokratische mit dem gläubigen und bürgerlich ge- stimmten Arbeiter friedsam an der wirtschaftlichen Besserung seines Daseins wirken sollte, wenn die Verschmelzung der jetzt noch getrennten Organisationen nicht nur als eine Möglichkeit, sondern sogar als eine Wahrscheinlichkeit, ja als eine Notwendigkeit in nicht allzu ferner Zeit hingestellt wurde — so hatte das alles nur Sinn unter der Voraus- setzung, daß es den Christlichen in Bälde gelingen werde, der Gegenseite an Macht gleichzukommen und diese zur Anerkennung einer „Neutralität“ im ultramontanen Sinne zu zwingen.

Alle diese Erwartungen und Berechnungen sind ja nun nicht im entferntesten eingetroffen. Die Sozialdemokratie ist nicht überwunden, die Gewerkschaftsbewegung nicht im christlichen Sinne „neutralisiert“; die christlichen Organi- sationen sind nicht den sozialistischen Verbänden gleich oder überlegen, sie haben es trotz aller Bemühungen und gün- stigen Umstände nur auf ein Siebentel des Bestandes unserer Bewegung gebracht. Und dabei sind sie, trotz allem Niederwerben im evangelischen Lager, heute noch das, was

sie anfangs waren: ultramontane Organisationen mit einem geringen christlich-sozialen Zusatz. Die evangelischen Arbeiter halten sich beharrlich von den christlichen Gewerk- schaften fern, in denen sie mit Recht Meritate Verbände zum Schutze des Zentrums sehen. Vergleicht man also die anfänglichen Erwartungen mit den späteren Ergebnissen, so leuchtet ein, daß die Christlichen nicht den mindesten Anlaß haben, sich ihrer Erfolge zu rühmen.

Und ebenso wenig vermögen sie, falls sie ehrlich zu Werke gehen, von sich zu sagen, daß sie in der innerlichen Festigung, der grundsätzlichen Läuterung fortgeschritten sind. Die ersten drei Kongresse der Christlichen waren angefüllt mit programmatischen und prinzipiellen Aus- einandersetzungen, die dahin führten, daß sich neben den interkonfessionellen Verbänden eine Bewegung zugunsten rein konfessioneller Berufsorganisationen aufat, deren Er- gebnis dann die Gründung von beruflichen Fachabteilungen in einem Teil der katholischen Arbeitervereine war. Seit der Zeit haben wir innerhalb der christlichen Gewerk- schaftsbewegung zwei Richtungen, die einander mit einer nur unter frommen Leuten üblichen und begreiflichen Inbrunst bekämpfen, ohne daß sie der Entscheidung, ob es neben dem alleinseligmachenden Christentum der heil- igen römischen Kirche noch ein besonderes für die Gewerk- schaft- und Parteizwecke gültiges Christentum geben darf, in den zehn Jahren dieses Kampfes auch nur um einen Schritt nähergekommen sind.

Und bezüglich ihrer Stellung zur Politik sind die Christlichen nicht minder in den Sumpf geraten. Die un- heilvolle Zwangslage, als Arbeiterorganisation gelten und es mit arbeiterfeindlichen Parteien halten zu wollen, hat sie zur Proklamierung der „politischen Neutralität“ ge- führt, zur Verflüchtigung der Pflicht völliger Passivität in wichtigen Fragen der Wirtschafts-, Steuer-, Wahlrechts- usw. Politik, also in Fragen, deren Bedeutung für die Arbeiter auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte auf der Hand liegt. Die „politische Neutralität“ im christlichen Sinne anerkennen, hieße nicht weniger als die eine Hälfte der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, brachlegen wollen für den Kampf um wichtige Arbeiterrechte und Arbeiterinteressen. Nicht weil die Beteiligung an diesem Kampf die gewerkschaftlichen Aufgaben fördern würde, son- dern weil sie nicht in den Aram gewisser Parteien paßt — deshalb haben die Christlichen, die es mit dem Zentrum nicht verderben wollen, ihre verächtliche „Neutralität“ als Inbegriff gewerkschaftstaktischer Weisheit aufgebracht und sich damit selber des Einflusses, den sie für die Arbeiter- bewegung in gutem Sinne haben könnten, beraubt.

So brauchen also die Christlichen auch bezüglich ihrer Geschlossenheit, ihrer grundsätzlichen und taktischen Klar- heit und Folgerichtigkeit nicht allzu viel Mühen von sich zu machen. Was sie geworden sind, das verdanken sie dem Vordringen des Organisationsgedankens, der durch die sozialistische Agitation geweckt worden ist auch in den ent- legentsten Bezirken, das verdanken sie dem Vorbild der Massenbewegten Arbeiterbewegung, von deren Erfolgen sie mitgehen und deren Erfahrungen sie sich zunutze machen — was sie dann damit zu lohnen pflegen, daß sie möglichst reichlich schimpfen auf diejenigen, denen sie ihr bißchen Dasein verdanken.

Soziales.

Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften. [] Die neue Reichsversicherungsordnung brachte bereits die erste größere Protestkundgebung, die der direkt in Mit- leidenschaft Bezogenen, der Krankenkassen. Es war eine imposante Kundgebung aller Klassenarten, die über 1600 Vertreter zum 17. Mai d. J. nach Berlin entsendet hatten, welche über 7 Millionen Versicherte vertraten. Wieder sind die Scharfmacher gründlich hereingefallen. Mit großen Worten kündete ihre Presse an, daß diesmal die Betriebs- und Zunftkrankenkassen von dem „sozialdemokratischen“ Kassentag nichts wissen wollen und deshalb dem Kongreß fernblieben. Tatsächlich erschien der „Macher des Ganzen“, der ber- ühmte Dr. Gallbach nur als Gast, mußte aber zu seinem Scherze erleben, daß doch zahlreiche Betriebs- krankenkassen neben den Zunftkrankenkassen erschienen waren und mit in den wuchtigen Protest gegen dieses neue „Sozialistengesetz in Massenpackung“, wie Genosse Gräf- Frankfurt a. M. die neue Reichsversicherungsordnung treffend nannte, einzustimmen. Was nützte es ferner, daß während der Tagung ein Rathenower Reichsverbändler in wüsten Schimpfereien gegen die Ortskrankenkassen sich er- ging. Er mußte sich von seinen Unternehmerkollegen ge- fallen lassen, daß man ihn einfach auslachte. Seine fürchterliche Drohung, im Anschluß an die Tagung einen „Sonderkongreß der regierungsfreundlichen Betriebs- krankenkassen“ stattfinden zu lassen, fand auch keinen Bei- fall, denn nur 36 Männlein folgten seinem Rufe, die ihn aber dann später bei der Abstimmung wieder sitzen ließen. Erfreulich ist es auch, daß die Arbeiter in den Betriebskrankenkassen nach und nach erwachen und doch den Mut finden, sich dem Protest ihrer Klassengenossen anzuschließen. So machte es großen Eindruck, daß z. B. ein Vertreter der Betriebskrankenkasse der Firma Krupp in Essen energisch sich gegen jede Beschränkung des Selbst- verwaltungsrechtes aussprach. Wiederum der erfreuliche Vorgang, daß in diesen Punkten alle Praktiker, Unter- nehmer und Arbeitervertreter der Massenverbänden ein Herz und eine Seele waren und den Leitfäden der Refe- renten einmütig zustimmten. Was will es denn heißen, wenn von 1650 Delegierten 10—12 Mann gegen die Leit- fäden sich aussprachen, wovon einzelne wieder erklärten,

daß sie nur dagegen gestimmt hätten, weil ihnen dieselben nicht weit genug gingen.

Die Regierung hatte böse Tage. Sie mußte erstens die feltene Einmütigkeit von Unternehmer und Arbeiter in diesen Fragen sehen, auch bittere Worte über ihre eigenen Fähigkeiten als Gesetzemacher hören. Trotzdem ist es ein kleiner Fortschritt, daß Bethmann-Hollweg den alten Standpunkt des viel zu viel gelobten Grafen Posa- dowsky aufgegeben hatte und sich durch eine Reihe von Regierungsräten offiziell vertreten ließ, die nicht allein Worte der Begrüßung an den Kongreß richteten, sondern sich sogar an der Debatte beteiligten. Freilich zeigten die Ausführungen des Direktor Caspar vom Ministerium des Innern, daß man dort noch nichts dazu gelernt hat. Hoffentlich sieht man sich die Leitfäden der Referenten und dann das Protokoll des glänzenden Kongresses näher an, um das Fehlende nachzuholen. Wenn sie aber nur mit halbem Ohre den Verhandlungen zugehört haben, so müssen sie schon heute sich davon überzeugt haben, daß sie den „geknebelten“ Unternehmern keinen Gefallen getan haben, die Beiträge in den Krankenkassen künftig zu halbieren, nur um diesen mehr Einfluß auf die Verwaltung zu sichern. Einmütig erklärten die Redner von Arbeitgeber- seite, daß hierzu gar keine Veranlassung vorliege, da sie ja seit Jahr und Tag in größter Harmonie mit den Ver- sicherten die Kassen verwalten. Mit welcher Schärfe be- tonte dies z. B. der erste Referent des Kongresses, Herr Dr. Mayer-Frankenthal, welcher seit 15 Jahren Vorsitzen- der der dortigen Ortskrankenkasse ist, also auch von den Arbeitern immer gewählt wird.

Ob nun die Regierung diesen Neußerungen größeres Gewicht beilegen wird? Können sie von Arbeiterseite, so hätte man die bequeme Ausrede, daß ja doch nur politische Gründe ausschlaggebend seien. Einem Dr. Mayer gegen- über wird man dies doch nicht gut anwenden können, dessen Referat und einmütig angenommenen Leitfäden ein ver- nichtendes Urteil über die Pläne der Regierung, das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen zu beschneiden, wenn nicht ganz aufzuheben, bildete. Recht glücklich war auch das Referat über die künftigen „Landkrankenkassen“, welche die Regierung für die landwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstboten, unständige Arbeiter und Hausgewerbetreibenden schaffen will. Um diese gedrückten Arbeiter von den Launen der „Herrschaften“ unabhängiger auch im Krank- heitsfalle zu machen, forderte der Kongreß, daß an Stelle der vielfach ungenügenden Verpflegung und Wartung der Kranken im Haushalte des Arbeitgebers ein Recht auf Aufnahme in ein Krankenhaus für Rechnung der Kranken- kassen gewährt werden soll. Eine sehr wichtige Forderung. Auch in der Arzt- und Apothekerfrage wurden gute Refe- rate gehalten, deren Leitfäden größeren Schutz der Kassen vor den Gelüsten der Verteterroristen verlangten.

Wie bei der Krankenkassenfrage, so gehörten auch bei den anderen Punkten der Tagesordnung die Referenten den verschiedensten Parteigruppen an. Neben den ver- schiedenen Sozials, die nur einmal in der Arbeiterbewegung die führende Rolle übernommen haben, die Vertreter der Kirche und Schwarzen. Ueber die neue Unfallverfiche- rungsordnung sprach z. B. nach dem Genossen Bauer- Berlin der bekannte Generalsekretär der Hirsche, Herr Hartmann, welcher ebenfalls den Plänen der „guten“ Regierung, den Unternehmern in den Verwaltungen der Versicherungsanstalten ja kein Haar krümmen zu lassen, scharf zu Leibe ging. Mehr Rechte der Versicherten, höhere Rente im Falle der Verletzung bis zu 75 Proz. des Lohnes, statt 66% Proz. wie seither, lebhafter Protest gegen die geplante Verschlechterung der Rechtsprechung usw. waren die Forderungen der Referenten des zweiten Tages.

Ueber das Verhältnis der Krankenkassen zu den übrigen Versicherungsträgern referierte am dritten Tage der bekannte Kommentator des Krankenversicherungs- gesetzes, Amtsgerichtsrat Dr. Gahn, dessen Ausführungen ebenfalls ein vernichtendes Urteil über die neue „Regie- rungspele“ bildeten. Von dieser Seite hätte man dies wahrlich nicht erwartet, und das wirkte für die Regie- rungsvertreter doppelt schmerzlich, die ja in den drei Tagen so manche Pille zu schlucken bekamen und die bei einem bißchen Einsicht sich selbst sagen mußten, daß sie nicht stolz auf ihr Machwerk sein können.

Als Redner des Zentrums trat der bekannte Herr Giesberts auf, der Vorschläge über das vom Zentrum ja früher selbst bekämpfte Invalidentgesetz zu machen hatte. Trotz aller Betonung, nur „praktische“ Politik treiben zu wollen, mußte Giesberts doch die Erhöhung der völlig un- zureichenden Renten fordern, ferner Kinderrenten für Invalide und ein Recht auf Heilverfahren. Zu mehr konnte sich Giesberts nicht aufschwingen, der aber dann mit Nachdruck in der Diskussion nach dem Referate unseres Genossen Gräf über die Hinterbliebenenversicherung ver- sicherte, daß dessen Leitfäden viel zu weitgehend wären und keine Aussicht auf Erfüllung hätten. Und was forderte Gräf, dessen Rede demonstrieren Beifall des ganzen Kon- gresses fand? Mehr Rechte der Versicherten in der Inva- lidenversicherung, welche ja jetzt auch die Hinterbliebenen- fürsorge übernehmen soll. Giesberts wollte dies ebenfalls nicht. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Per- sonen bis zu einem Einkommen von 6000 Mk., um eine einheitliche Hinterbliebenenfürsorge zu erhalten; die Pläne der Regierung auf Schaffung einer besonderen Verfiche- rung für die Privatangestellten zurichte zu machen. Renten sollen nicht nur die invaliden Witwen, sondern alle Witwen erhalten, wie dies ja auch heute Staat und Gemeinde usw. den Beamten gewährt. Wird die Witwe später invalide, so soll ihre Rente erhöht werden. Auch eine Erhöhung der Kinderrenten wird gefordert, ebenso soll die Familie des

Ausländer Anspruch auf Rente haben, wenn sie Deutsch-land verlassen muß.

Diese Forderungen gingen einem Wiesberts zu weit, der schließlich noch Hilfe durch den Sekretär der Pirche, Herrn Erkelenz, erhielt. Auch Herr Erkelenz ist mit dem Regierungsentwurf, welcher die Arbeiterwitwen und -Kinder verhöhnt, zufrieden und kann sich mit „unerfüllbaren“ Forderungen Gräfs nicht erüberstanden erklären. Mit großer Spannung sah man deshalb der Abstimmung des Kongresses über die Leitsätze Gräfs entgegen. Und das Resultat? Eine neue Niederlage der Regierung und ihrer unfreiwilligen Helfer. Arbeitgeber und Versicherte stimmten mit wenigen Ausnahmen, wie bei jeder vorhergehenden Abstimmung auch, geschlossen für die Leitsätze Gräfs, die eine wirkliche Hinterbliebenenfürsorge forderten. Auch in der Aufbringung der Mittel für dieses neue Reformwerk herrschte Uebereinstimmung unter allen Delegierten. Erhöhung der Beiträge der Versicherten und Unternehmer, höheren Staatszuschuß und Zuschüsse der Gemeinden, die doch durch eine leistungsfähige Hinterbliebenenversicherung in ihren Armenlasten erheblich entlastet werden.

So endete der große Kongress ohne jeden Mißklang, denn auch die kleinen Zwischenfälle und Wutausbrüche erzürnter Reichsverbändler erregten nur stille Geisterheit der Versammelten, die ja die Absicht merkten, ohne verstimmt zu werden.

Nun wird es Sache der Versicherten selbst sein, dafür Sorge zu tragen, daß die gefallenen Reden und Leitsätze des Kongresses nicht bloß fromme Wünsche bleiben, sondern in der Praxis umgesetzt werden. Die Arbeitermänner müssen jetzt drängen, unaufhörlich sich mit diesem Machwerke brutaler Unterwerfung und sozialpolitischer Kurzsichtigkeit — genannt Reichsversicherungsordnung — befassen, in Versammlung und Berkstätten usw. die aufgeworfenen Fragen diskutieren und so für weitere Verbesserungen zu sorgen, die geplante Beseitigung der Selbstverwaltung der Krankenkassen zu vereiteln.

Die Wutausbrüche der Scharfmacherpresse über den größten Krankenkassenkongress, den Deutschland je gesehen, beweisen, daß die 1698 Delegierte, die 1036 einzelne Krankenkassen mit zusammen 7 Millionen Mitglieder vertraten (634 Ortskrankenkassen, 117 Betriebskassen, 38 Innungskassen und 175 Hilfskassen) in seltener Einmütigkeit das Richtige getroffen haben in ihrem Protest gegen die neue Reichsversicherungsordnung, die so nicht Gesetz werden darf.

Der Kongress der freien Hilfskassen, der im Anschluß an den allgemeinen Krankenkassenkongress tagte, war von 168 Delegierten besetzt, die 205 Kassen mit 814 254 Mitgliedern vertraten. In seinem Referat über: „Die Reichsversicherungsordnung und die freien Hilfskassen“ wies Raffke-Hamburg darauf hin, daß, wenn die Reichsversicherungsordnung in der vorgeschlagenen Form Gesetz werde, es den freien Hilfskassen unmöglich sei, weiter zu existieren. In der angenommenen Resolution protestiert der Kongress gegen die beabsichtigte Beseitigung der freien Hilfskassen als vollberechtigte Kassen und fordert die Einräumung derselben Rechte, welche die Zwangskassen besitzen unter Hinweis darauf, daß der Gesetzentwurf die anderen Sonderkassen, wie Innungs-, Betriebs- usw. Kassen beibehalten will.

Die Angestellten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften hielten ebenfalls im Anschluß an den Krankenkassenkongress am 20. Mai einen Kongress ab, der von 650 Angestellten besetzt war, die mehr als 3000 ihrer Kollegen vertraten. Der Kongress vertrat, nach einem Referat von Siebel-Berlin, die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Regelung der Rechtsverhältnisse der Angestellten nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes weiter beschäftigt werden. Zur Regelung ihrer Dienstverhältnisse sind Dienstordnungen zu schaffen, die eine Genehmigung der Aufsichtsbehörden nicht bedürfen. Ferner wird eine gesetzliche Vertretung der Angestellten verlangt, und zwar für jeden Betrieb ein Personalausschuß, ferner Einigungs-kommissionen und Schiedsausschüsse analog denen der Ärzte. Die Behörden sollen nicht das Recht haben, die Wahl von Angestellten zu bestätigen und Anforderungen an die geschäftliche Befähigung festzusetzen. Einstellung von Militäranwärtern soll ausgeschlossen sein.

Krach in der Finanzkommission. In der Finanzkommission hat sich die konservativ-merikale Mehrheit endlich zusammengefunden und sie geht mit rücksichtslosem Terrorismus auf ihr Ziel los. Die Ungerechtigkeit, mit welcher sie sich über die Geschäftsordnung des Reichstages hinwegsetzte, führte am Schluß der Sitzung vom 27. Mai zum Krach. Der konservative Präsident der Kommission schlug vor, auf die Tagesordnung der folgenden Sitzung konservative Anträge über Rasse- und Teegoll zu setzen. Dagegen wurde von der Linken protestiert, da diese Gegenstände nach der Geschäftsordnung zunächst im Plenum beraten werden müssen. Die Regierung hat vor den Konservativen kapituliert, sie will auf die Erbschaftsteuer verzichten und hat statt dessen andere Steuerprojekte ausgearbeitet, die sie den konservativen Kommissionsmitgliedern zusteckt, welche sie als eigene Anträge einbringen. Dieses Spiel wollen die Parteien der Linken nicht mitmachen. Die Vertreter der Sozialdemokratie, der Freisinnigen und der Nationalliberalen erklärten, sich an der Beratung nicht weiter beteiligen zu wollen. Die Nationalliberalen und Freisinnigen, denen Referate übertragen waren, legten diese nieder. Die Mehrheit, die aus den Konservativen, dem Zentrum, den Polen und den Antisemiten besteht, tagt als Rumpfkommision weiter, und hat auch vor Pfingsten noch mit Windeseile eine Menge von Steuern bewilligt. Wenn der Reichstag nach der Pfingstpause wieder zusammentritt, dann sind schwere Kämpfe unausweichlich. Die politische Situation ist verworrener als je. Einsteilen triumphiert das konservativ-merikale Kartell und das deutsche Volk muß sich auf einen schweren Überlauf gefaßt machen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Dresden wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Totalbeitrages von 15 Pf. ab 1. Juli erteilt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. 23. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 24608 Otto Nöbke, Tischler, geb. 6. November 1880 zu Volkmarzdorf.
- 43401 August Kobelt, Tischler, geb. 6. Februar 1859 zu Sulau.
- 73119 Jacob Hansen, Tischler, geb. 9. Februar 1866 zu Hlensburg.
- 152781 Paul Meister, Tischler, geb. 12. Juni 1864 zu Malapane.
- 168060 Gottfried Warden, Tischler, geb. 17. Juni 1879 zu Randersacker.
- 244358 Fritz Leichter, Gutformtischler, geb. 14. April 1858 zu Ober-Meusegast.
- 311523 Josef Gansel, Tischler, geb. 16. Januar 1883 zu Mattai (Böhmen).
- 379253 Fritz Lapp, Maschinist, geb. 10. Januar 1874 zu Emmendingen.
- 402744 Hermann Dölbers, Tischler, geb. 27. Juni 1883 zu Bremen.
- 406676 Peter Fering, Tischler, geb. 18. Oktober 1882 zu Berlin.
- 426831 Otto Wittich, Tischler, geb. 25. Juni 1890 zu Reine.
- 441597 Wilhelm Budde, Tischler, geb. 18. Februar 1889 zu Dortmund.
- 459303 Adolf Bludan, Tischler, geb. 21. März 1889 zu Altona.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Bergen auf Rügen. In der Korbmacherei der Firma G. Wölle arbeiten 7-8 Mann, die alle organisiert sind, mit Ausnahme zwei verheirateter Kollegen. Diese beiden interessieren sich für jeden Klimbin, nur für die Arbeiterbewegung haben sie kein Interesse. Macht nun jemand den Versuch, diesen Leuten den Wert der Organisation vor Augen zu führen, so wissen sie nichts Besseres, als in einer gehässigen Art über Gewerkschaft und Partei herzugreifen. Der Hauptmattador ist ein ehemaliger Verbandskollege namens Gebert, der es ganz besonders versteht, sich durch wüsten Schimpfen über den Verband beim Unternehmer beliebt zu machen. Daß Herr Wölle aus dieser Situation Nutzen zieht, ist selbstverständlich. So wurde früher das Holzjurichten (für Strandkörbe) von der Firma besorgt, während die Arbeiter unentgeltlich machen mußten, trotzdem im Lohn tarif bemerkt ist: „ohne Jurichten“. Vor einiger Zeit ist auch ein Abzug von 10 Proz. erfolgt, welchen die Kollegen mit ruhiger Miene entgegengenommen haben. Kein Wunder, daß dieses geschieht, gegenseitige Aussprache seitens der Kollegen wird nicht gepflegt, weil niemand beim Meister in Ungnade fallen will. Kollegen von Bergen! Ihr wißt es, daß Herr Wölle in Bergen zum wohlhabenden Mann geworden ist und doch nur auf Kosten seiner Arbeiter. Herr Wölle versteht es auch, in seiner sanften Art seine Arbeiter bedürfnislos zu stimmen. So z. B. beliebt es ihm, seinen Arbeitern gegenüber zu äußern: Mehr als das Essen braucht man nicht, mitnehmen kann man ja doch nicht! Aber für sich denkt Herr Wölle anders, denn er hat in letzter Zeit eine Position erreicht, die er genießt, woraus man wohl schließen darf, daß der Herr Wölle nicht verächtlich. Kollegen! Der Deutsche Holzarbeiterverband hat noch immer die Interessen der Korbmacher vertreten, und die wirtschaftliche Lage der Korbmacher ist durch den Verband bedeutend verbessert worden. Darum ist es Pflicht der Kollegen, solidarisch zusammenzuhalten.

Sainichen. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurden die Verhältnisse bei der Firma W. Ludwig, hier, einer Kritik unterzogen. Allgemein wurde Klage geführt, daß die Tischler nicht genügend Arbeit haben und demzufolge mit einem Lohn nach Hause gehen müssen, welcher oftmals hinter einem Spulerlohn zurückbleibt. Ist es doch vorgekommen, daß ein Kollege in 3 Wochen nur 21 Mk. verdient hat. Ferner steht für die Unorganisierten die Sonntagsarbeit in voller Blüte. Hier wäre für die Gewerbeinspektion Gelegenheit gegeben, einmal Abhilfe zu schaffen. Diese Sabatshandlung geschieht in aller Öffentlichkeit. Da wird z. B. Holz zwei Stock hoch runtergeworfen, und das in einer der belebtesten Straßen. Die Sonntagsarbeit erfolgt nicht etwa ausnahmsweise, nein, Sonntag für Sonntag kann man die Getreuen in die Fabrik einziehen sehen. Kann die Arbeit nicht in der Woche gemacht werden? Aber da müßten Tischler genommen werden und die müßten besser bezahlt werden. Sonntags haben die Maschinenarbeiter Zeit, die brauchen die paar Groschen, weil der Lohn so miserabel ist, daß er nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren. An die Kollegen ergeht hiermit die Aufforderung, die Maschinenarbeiter dahin aufzuklären, daß nicht durch Sonntagsarbeit, sondern nur durch eine straffe Organisation ihre traurige Lage gebessert werden kann.

Halle a. S. (Stellmacher.) In der letzten gut besuchten Sektionsversammlung gab der Kollege Winkler den Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung im letztvergangenen Quartal. Es kann wohl gesagt werden, daß wir ganz schöne Fortschritte gemacht haben; trotzdem ist immer noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten, das die Mitarbeiter aller Kollegen erfordert. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen in den kleinen Stellmachereien spotten jeder Beschreibung. Die Arbeitszeit beträgt dort noch 68 Std. pro Woche, der Lohn 16-20 Mk. Und doch hält es gerade hier am schwersten, die Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Da ist es doppelt erfreulich, daß es gelungen ist in der Wagenfabrik von Wiegand für

die Kollegen die 60 stündige Arbeitszeit zu erzielen. Bisher wurden dort 61 1/2 Std. pro Woche gearbeitet. Außerdem erhielten die Kollegen neben einigen anderen Zugeständnissen eine Lohnzulage von 1,20 Mk. wöchentlich und für Ueberstunden, die bisher ganz willkürlich verlangt wurden, einen Aufschlag von 10 Pf., für Sonntagsarbeit 20 Pf. pro Stunde. Vor allem lehrt uns aber diese Bewegung, daß es wohl möglich ist in diesen Zwergbetrieben bessere Verhältnisse zu schaffen, wenn die dort beschäftigten Kollegen ihre Schlafmüdigkeit abschütteln würden und treu zur Organisation hielten. Von den größeren Betrieben sei hier zunächst die Automobil-, Luxuswagen- und Karosseriefabrik von Ludwig Rathe u. Sohn erwähnt. Zu jeder Zeit, wenn wir in den „Deutschen Arbeitsmarkt“ blättern, finden wir das Inserat der Firma, in welchem dieselbe selbständige Kastenmacher und auch Helfer sucht. Trotzdem die Firma wegen ihrer „horrenden“ Affordlöbne in ganz Deutschland schon genügend bekannt ist, fallen doch immer noch Kollegen auf die Inserate hinein. Das Ende vom Liede ist, daß die Kollegen so bald wie möglich der Firma wieder Ralet sagen und Rathe u. Sohn suchen wieder tüchtige Kastenmacher im Arbeitsmarkt. Um die Kollegen vor Schaden zu bewahren, seien hier einige Verhältnisse aus dem Betriebe geschildert. Die Arbeitszeit beträgt 60 Stunden; doch in der Regel werden noch fünf Ueberstunden dazu gemacht, natürlich ohne Aufschlag. Die Kastenmacher arbeiten im Afford, ohne daß ihnen der Stundenlohn garantiert wird. Bei den „horrenden“ Affordlöbne kommt es oft vor, daß Defizit entsteht. Das wird ihnen selbstverständlich vom nächsten Afford abgezogen, wenn je ein Ueberlohn entstehen sollte. Die Helfer stehen im Lohn mit 95 Pf. pro Stunde, von etwaigen Affordüberschüssen bekommen sie nichts ab. Dafür werden sie desto mehr zur Arbeit angetrieben. Von den hohen Affordlöbne seien hier einige erwähnt. Für einen Kot des Belges-Phaeton mit S-Zug, vorn geschweiften Sitz mit Boden, drei Werkzeugkasten und Klappe, vier Spriegel und sämtlichen Anschlag wird 115 Mk. gezahlt. Dabei sagte man zu einem, natürlich schon wieder abgereisten Kollegen, das ist der beste Afford in der ganzen Fabrik. Für einen geraden Phaeton hat man einem Kollegen 70 Mk. geboten. Selbstverständlich hat auch dieser Kollege das Eldorado wieder verlassen. Wer also Lust hat, einen Tag in Halle a. S. umsonst arbeiten zu wollen, der gehe zu der Firma Rathe u. Sohn, denn Wänke sind frei. In der Waggonfabrik von Gottfried Lindner (Aktiengesellschaft) haben es die Kollegen verstanden durch unermüdete Tätigkeit eine gute Organisation zu schaffen und erzielen dieselben im Laufe des Frühjahr eine Lohnhöhung von 3-4 Pf. pro Stunde. Doch ist gerade in diesem Betriebe der Zusammenschluß aller Kollegen unbedingt notwendig, da Mißstände über Arbeiterausfluß existiert nur auf dem Papier. Wenn Ueberstunden verlangt werden, wird dieses einfach, ohne irgend jemand zu fragen, durch Anschlag bekanntgemacht: „Von heute wird bis auf weiteres bis abends 8 Uhr gearbeitet“, so heißt es einfach in dem Anschlag. Nicht selten kommt es vor, daß Sonnabends bis 12 Uhr, ja sogar die ganze Nacht durchgearbeitet wird. Nicht genug damit, daß der Arbeiter durch eine derartige lange Arbeitszeit ausgebeutet wird, ist auch das Antreiben dort zur höchsten Wille gelangt. So könnten wir Mißstände in Halle und Wille anführen. Sei es in bezug auf Arbeitszeit, Arbeitslöbne, Behandlung, Strafen usw. Hier kann nur eine straffe Organisation Wandel schaffen. Wenn wir in letzter Zeit auch Fortschritte gemacht haben, dürfen wir nicht ruhen und rasten bis der letzte Kollege der Organisation zugeführt ist. Dann müssen wir aber auch aus diesen Kollegen kampfbereite Männer machen, um all die geschilderten Mißstände aus der Welt schaffen zu können. Darum all ihr Stellmacher von Halle und Umgebung: Seht in den Deutschen Holzarbeiterverband und mitgehört an der Verbesserung unserer Lebenslage.

Wien. In der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 17. Mai wurde, neben einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Kollegen Dietrich-Weslau, die mit Spannung erwartete Abrechnung vom 1. Quartal gegeben. Zur großen Befriedigung aller Anwesenden konnte aus dem Bericht des Kassierers festgestellt werden, daß sich die Zahlstelle Wien als festgefügte Organisation bewährt hat. Durch die Untreue zweier Vorstandsmglieder glaubte unsere Gegner, der Verband am Orte sei für längere Zeit unschädlich gemacht. Aber der gesunde Sinn aller unserer Kollegen hat dies verhindert. Sie haben in richtiger Erkenntnis der Lage eine große Sache nicht verantwortlich gemacht für das Vorgehen einzelner. Unsere Mitgliederzahl ist trotz der wirtschaftlichen und inneren Verwaltungskrise gleichgeblieben, und für das laufende Quartal sind fortlaufend Neuaufnahmen zu verzeichnen. Aber, Kollegen aller Branchen, nun heißt es, mit aller Kraft vorwärtsstreben, damit wir neue Erfolge erringen. Noch arbeiten, nach unserer letzten Statistik, 322 Holzarbeiter in Wien über die durchschnittliche Arbeitszeit im Reich, darunter wieder noch 139 länger als 60 Stunden. Andererseits verdienen 719 Kollegen nicht mehr wie 20 Mk., davon wieder noch 144 weniger wie 15 Mk. wöchentlich. Allerdings ist gegen die Statistik von 1902 ein Fortschritt auch für Wien zu verzeichnen. Während die Arbeitszeit im Jahre 1902 noch 58,4 Stunden durchschnittlich betrug, waren es 1906 56,1 Stunden. In dem gleichen Maße ist der Durchschnittslohn von 16,60 Mk. im Jahre 1902 auf 18,90 Mk. im Jahre 1906 gestiegen. Dies war aber nur durch die Tätigkeit des Holzarbeiterverbandes möglich, indem die gut organisierten Branchen erfolgreiche Lohnbewegungen durchführen konnten. Deshalb ergeht an alle Unorganisierten der Ruf: „Schließt Euch an!“, und auch in den zurückgebliebenen Betrieben werden bald bessere Verhältnisse eintreten. Aber auch durch seine Unterstützungseinrichtungen hat der Verband manches getan, um den Kollegen in Notfällen Erleichterung zu schaffen. Sind doch im letzten Quartal allein 1929 Mk. durch unsere Zahlstelle zur Auszahlung gelangt.

Leipzig. Die Abrechnung vom 1. Quartal 1909 und der Bericht über die Beteiligung an der Meißener bibelischen Tagesordnung einer stark besuchten Mitgliederversammlung. Nach der Abrechnung, die gedruckt vorlag, und vom Kassierer, Kollegen Ehrlich, kurz erläutert wurde.

betragen die Einnahmen, inklusive des Kassenbestandes für die Hauptkasse 25 850,22 Mk., für die Lokalkasse 126 419,26 Mk. Für Unterstützung wurde verausgabt an 470 arbeitslose Mitglieder 14 073,30 Mk., Reiseunterstützung an 191 Mitglieder 508,05 Mk., Krankenunterstützung an 270 Mitglieder 4405,01 Mk., für Streik- und Gemäßigtemunterstützung 645,30 Mk. und für sonstige Unterstützungen 1341,50 Mk. An die Hauptkasse wurden eingekassiert 6514,75 Mk., und schließt die Abrechnung mit einem Guthaben für die Lokalkasse von 1908,58 Mk. ab. Der Kassenbestand für die Lokalkasse beträgt 116 286,84 Mk. — Neben der Beteiligung an der Maifeier und die darauf folgende Aussperrung berichtet Kollege Gerde. Er konstatiert zunächst, daß nach einer Zusammenstellung der ausgegebenen Werkstattprotokolle die Zahl der Feiernden mit 1600 Personen eher zu niedrig als zu hoch angegeben sei. Die Kontrolle bei den Versammlungen und der eigentlichen Demonstration müsse in Zukunft mehr durch die Gewerkschaften selbst ausgeübt werden. Festgestellt könne weiter werden, daß ein Teil Kollegen in einzelnen Betrieben sein Abstimmungsrecht mißbraucht hat; es haben einfach Kollegen gegen die Arbeitsruhe gestimmt, trotzdem eine Aussperrung in den Betrieben überhaupt nicht zu erwarten war. Von 1600 Feiernden in 60 Betrieben sind aus 24 Betrieben 667 Kollegen ausgesperrt worden. Wie unangenehm dem größeren Teil der daran beteiligten Unternehmer die Aussperrung selbst war, beweisen die zahlreichen Bemühungen, welche gemacht wurden, um die Kollegen von der strikten Arbeitsruhe in den Betrieben abzuhalten. Einige Unternehmer waren sogar so naiv, die Kollegen auf eine statutenwidrige Abstimmung hinzuweisen; es war jedoch eine vergebliche Mühe, denn die erwartete Zersplitterung wurde nicht erreicht. Von den ausgesperrten sind 504 verheiratet und 163 ledig. Für die erste Woche wird die Unterstützung aus der Lokalkasse gezahlt und werden die Unterstützungsätze bekanntgegeben. Alsdann wurde auf Antrag der Verwaltung der Modelltischler Otto Brade, auf Grund seines unkollegialen und organisationsfeindlichen Verhaltens bei den Differenzen in der Firma Holz u. Co., dem Verbandsvorstande einstimmig zum Ausschluß aus dem Verbands empfohlen.

(Stellmacher.) Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind hier vielfach schlechter als in vielen kleineren Städten. Es sind wohl Abmachungen von 1905 noch in Kraft, nach welchen ein Durchschnittslohn von 24 Mk. garantiert wird, doch gibt es noch Betriebe, wo den Kollegen 35 und 30 Pf. Stundenlohn bezahlt werden; hauptsächlich sind es die jungen Kollegen, welche vom Lande in die Stadt kommen. Da sie selten organisiert, und unter jeden Bedingungen Arbeit annehmen, treten sie in der Regel als Lohndrücker auf. Sobald sie nun sehen, daß sie in ihren Erwartungen getäuscht sind, reisen sie ab, und andere treten an ihre Stelle. Infolge dieser Zustände ist es sehr schwer, die Kollegen für den Verband zu gewinnen, um mit den Unternehmern einmal ein deutliches Wort zu reden. Zumal in der jetzigen Krise fühlen sich die Unternehmer sehr im Hause, und versuchen die Kollegen auf jede Art und Weise zu schikanieren. So werden in der Wagenfabrik von Trebst, Weststraße, Tischler den Kastenmachern als Helfer beigegeben. Daß dieses die ohnehin schlechte Lage der Stellmacher verschärft, dürfte jedem einleuchten. Auch ist dort noch das System vorhanden, daß sich die Kollegen untereinander ausbeuten insofern, daß die Kastenmacher den Afford übernehmen, und die Helfer von den Kastenmachern entlohnt werden. Aber den Vogel schießt doch der Unternehmer W. Fimelstein, Gaudenwagenfabrik, Rabstr. 50, ab. Dieser Betrieb ist es gerade, welcher einmal einer besonderen Beleuchtung bedarf, um auswärtige Kollegen zu warnen. In früheren Jahren hatte die Firma ein blühendes Geschäft, und bis vor wenigen Jahren bestand noch ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter. Das Geschäft ist ziemlich zurückgegangen, und der Unternehmer sah ein, daß, um den alten Ruf wieder herzustellen, auch neue Leute gebraucht würden. Aber mit dem Einzug der neuen Leute kam auch das schärfere Hervorkehren des Arbeitgebers. Wo aber Geld das wenigste ist, besteht immer der Wunsch, die Preise zu drücken. So auch hier. Der Unternehmer hat den Wunsch, billig und immer wieder billig zu produzieren. Auch der Gemahlin des Herrn Prinzipals ist es zu danken, daß häufig Verschlechterungen durchgeführt wurden. Ueberhaupt spielt diese Frau in dem Betriebe eine führende Rolle. Sie stellt Leute ein, doch nur, wenn sie für 30 Pf. arbeiten wollen, und nimmt auch die Lohnkürzungen vor. Dieser Betrieb ist sehr spezialisiert, und so werden ein halbes Dutzend inwertklassene Jungen im Keller, in welchem den ganzen Tag über Licht brennen muß, damit beschäftigt, Halbfabrikate herzustellen. Nebenbei sei bemerkt, daß dieser Raum als Arbeitsstätte überhaupt nicht geeignet ist. Aus allen diesen Einzelheiten sieht man, daß bei uns in Leipzig nicht die besten Verhältnisse bestehen. Auch hier bietet sich noch ein großes Feld für unsere Tätigkeit, und wir ersuchen alle Kollegen, sich doch mehr an unseren Versammlungen und Werkstattbesprechungen zu beteiligen, auf daß auch hier menschenwürdige Zustände geschaffen werden. An die Kollegen von auswärts richten wir aber das Ersuchen: Weidert dieses Eboradol!

Waderborn. In unserer Stadt gibt es mehr Kirchwände als Fabrikfabriksteine, deshalb ist es auch so außerordentlich schwer für die freien Gewerkschaften, festen Fuß zu fassen. In dieser Beziehung hat ja nun unser Verband nach das meiste Glück gehabt, denn da hier eine ziemliche Möbelindustrie vertreten ist und außerdem in dem alten Meißner viel gebaut wird, ist es uns möglich geworden, die Zahlstelle bis auf circa 60 Mitglieder zu steigern. Man möchte nun eigentlich meinen, in so einer Stadt wie Waderborn würden die Kollegen ordentlich zusammenhalten und regelmäßig die Versammlungen besuchen, aber weit gefehlt. Kaum die Hälfte ist jedesmal anwesend; dabei wird aber feste geschimpft auf schlechte Verhältnisse und das nichts los ist. Aber gerade deshalb, weil nichts los ist, müssen wir uns um so fester zusammenschließen, und da ist die Versammlung der beste Ort dazu. Wir stehen hier auf exponiertem Posten, sozusagen mitten in Feindesland. Deshalb mußte sich jeder Kollege zur besonderen Ehre an-

rechnen, gerade an solchen Orte seine Pflicht und Schuldigkeit für den Verband doppelt und dreifach getan zu haben, dann würde auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Wesel. Der Wunsch der Kollegen, die schon länger als Einzelmitglieder hier angemeldet waren, ist erfüllt. Am Himmelfahrtstag hat sich eine Zahlstelle konstituieren können. Auch hier hat sich das Wort bewährt, daß es für die Organisation dort am schwersten ist, Fuß zu fassen, wo die Verhältnisse am schlechtesten sind und deshalb die Verbesserung derselben am notwendigsten ist. In der Pianofabrik von Adam ist sicher noch vieles zu wünschen übrig, was nur gebessert werden kann durch einiges Zusammenhalten der Kollegen. Die Einigkeit scheidet aber vorläufig noch an dem Indifferentismus der älteren einheimischen Kollegen, die von ihren alten liebgewordenen Gewohnheiten nicht abgehen mögen. In der Bürstenfabrik sind gegenwärtig fast alle Kollegen organisiert. Damit dürfen diese Kollegen vor Verschlechterungen geschützt sein, wie es leider in so vielen Bürstenfabriken nicht der Fall ist. Die eigentlichen Kaufpreiner müssen mit geradezu miserablen Löhnen nach Hause gehen. 35 Pf. Stundenlohn ist keine Seltenheit. Diejenigen, welche bei Bauunternehmern arbeiten, haben es ruhig mitangesehen, wie z. B. von ihren Arbeitgebern den Zimmerern der Lohn erhöht wurde auf Grund des geschlossenen Vorgehens derselben. Unsere Kollegen haben sich bisher nicht gerührt. Und doch kann nichts deutlicher beweisen, daß von dem Arbeitgeber freiwillige Zugeständnisse so leicht nicht zu erwarten sind. Mögen auch diese Kollegen recht bald den Weg zur Organisation finden. Wir wollen ihnen dann gern helfen, sich bessere Verhältnisse zu eringen. Dann sind hier noch eine große Anzahl von Sägewerkarbeitern. Diese wohnen vielfach in der Umgegend, haben ihren Acker und müssen, wenn sie 10½ Stunden in dem Sägewerk gearbeitet haben, noch ihren Acker und das Vieh bestellen. Weil sie dann die Früchte ernten können, sind sie sehr zufrieden und bedenken nicht, daß es eigentlich doch gar kein Leben ist, wenn sie immer ohne Acker und Vieh bis früh bis spät arbeiten müssen. Das Agitationsfeld ist für unsere Verbandskollegen also noch ein recht großes. Die Mitarbeit eines jeden einzelnen ist notwendig, um vorwärts zu kommen. Der erste Schritt ist getan. Nun heißt es, freudig Hand angelegt. Unser Ziel ist ein schönes und großes und der Mitarbeit aller Kollegen wert. Wenn alle Versammlungen eifrig besucht werden, kann an der Erreichung des Zieles fleißig gearbeitet werden.

Sterbetafel.

- Heinrich Geistmann, Maschinenarbeiter, geb. 27. 3. 65 zu Fürth, gest. im Januar 09 ebenda.
- Matthias Frenzel, Schreiner, geb. 24. 8. 67, gest. im Januar 09 zu Fürth.
- Mich. Kuzberger, Schreiner, geb. 2. 3. 53 zu Fürth, gest. im Februar 09 ebenda.
- Jakob Giegelberger, Schreiner, geb. 3. 4. 61 zu Simbach, gest. im April 09 zu Fürth.
- Georg Knipp, Schreiner, geb. 12. 5. 76 zu Dreisnickenhain, gest. 4. 3. 09 ebenda.
- Alois Schaumburger, Schreiner, geb. 27. 9. 57, gest. 1. 4. 09 zu München.
- Georg Braun, Vergolder, geb. 17. 9. 78, gest. 10. 4. 09 zu München.
- Franz Schabl, Maschinenarbeiter, geb. 1. 12. 74, gest. 12. 4. 09 zu München.
- Franz Wöcher, Maschinenarbeiter, geb. 16. 3. 70, gest. 13. 4. 09 zu München.
- Dom. Sonthheim, Schreiner, geb. 25. 4. 78, gest. 7. 1. 09 zu München.
- Konrad Deutsch, geb. 16. 4. 54 zu Köln, gest. 8. 4. 09 zu Köln.
- Wilhelm Probst, Tischler, geb. 15. 2. 69 zu Niegeln, gest. 11. 09 zu Niegeln.
- Georg Herrmann, Tischler, geb. 25. April 1858 zu Fürth, gest. 13. April 1909 zu Nürnberg.
- Heinrich Wöh, Schreiner, geb. 23. März 1838 zu Hürzlenheim, gest. 3. April 1909 zu Neu-Isenburg.
- Paul Schneider, geb. 25. November 1861 zu Schönefeld, gest. am 4. März 1909 zu Düsseldorf.
- Karl Daum, Tischler, geb. 7. Dezember 1847 zu Muntel, gest. 17. April 1909 zu Hedernheim.
- Johann Raiber, Tischler, geb. 2. Februar 1848 zu Friesenheim, gest. 4. April 1909 zu Frankfurt a. M.
- Friedrich Maschmann, Tischler, geb. 14. Okt. 1873 zu Wankenhagen, gest. 14. Februar 1909 zu Stierstadt.
- Wilhelm Schwarz, Tischler, geb. 5. Juni 1850 zu Rorb, gest. 12. Februar 1909 zu Frankfurt a. M.
- Heinrich Wegner, Tischler, geb. 7. Februar 1884 zu Wangerin, gest. 2. April 1909 zu Frankfurt a. M.
- Oswald Wader, Tischler, geb. 9. Juni 1883 zu Lindenau, gest. im März 1909 zu Rößschendorf a.
- Ernst Richard Fiesch, geb. 8. November 1873 zu Meschwitz, gest. 10. März 1909 zu Leuben.
- Ernst Schmidt, Baugmacher, geb. 26. November 1874 zu Altenburg, gest. 17. April 1909 zu Leipzig.
- Rob. Weidner, Tischler, geb. 3. August 1850 zu Jahnsdorf, gest. 10. April 1909 zu Leipzig.
- Karl Wiesner, Tischler, geb. 2. März 1880 zu Hohenelbe, gest. 3. April 1909 zu Eisenberg.
- Karl Wanger, Tischler, geb. 19. Oktober 1853 zu Manis, gest. 22. April 1909 zu Leipzig.
- Johannes Denker, Tischler, geb. 18. November 1871 zu Wolfsdorf, gest. 27. April 1909 zu Leipzig.
- Christian Gamburg, Klaviermechaniker, geb. 14. November 1842 zu Wehenhausen, gest. 13. April 1909 zu Stuttgart.
- Jakob Erbach, Parkettleger, geb. 11. August 1864 zu Köln, gest. 24. April 1909 ebenda.
- Franz Schmiedel, Tischler, gest. 11. April 1909 zu Schmiedeburg in Böhmen.
- Viktor Chmielewski, Tischler, geb. 14. Oktober 1880 zu Warschau, gest. 10. April 1909 zu Rosen.
- Walter Schönd, geb. 23. August zu Düsseldorf, gest. 23. April 1909 ebenda.

- Franz Mette, Korbmacher, geb. 20. Dezember 1866 zu Cloßwitz, gest. 18. April 1909 zu Wernburg.
- Christoph Wiliers, Korbmacher, geb. 12. August 1855 zu Schriakenbeck, gest. 16. April 1909 zu Wernburg.
- Paul Fröhner, Polierer, geb. 30. April 1866 zu Gartha, gest. 1. Mai 1909 ebenda.
- Paul Schulz, Tischler, geb. 2. September 1876 zu Nieder-Gusdorf, gest. 26. April 1909 zu Forst.
- Karl Wredom, Tischler, geb. 30. Oktober 1863 zu Gr.-Nichterfelde, gest. 3. Mai 1909 zu Steglitz.
- Georg Thun, geb. 7. Februar 1888 zu Heuchstetter, gest. 25. April 1909 ebenda.
- Johann Unrecht, Maschinenarbeiter, geb. 14. Oktober 1850 zu Passau, gest. am 2. Mai 1909 zu Brudmühl.
- Joh. Mann, Maschinenarbeiter, geboren 20. Januar 1879 zu Engelmannsreut, gestorben 10. Mai 1909 zu Nürnberg.
- Margarete Anarr, Bleistiftarbeiterin, geboren 24. Dezember 1872 zu Nürnberg, gestorben 4. Mai 1909 ebenda.
- Gustav Viehmann, geb. 31. Juli 1880 zu Karlsruhe, gest. 30. April 1909 zu Fürth.
- Johann Böhm, geb. 15. Dezember 1892 zu Siegelstein, gest. 2. Mai 1909 zu Fürth.
- Oskar Schröder, Knopfmacher, geb. 23. September 1870 zu Frankenhäuser, gest. 4. Mai 1909 ebenda.
- Richard Kreuz, Tischler, geb. 26. Juli 1887 zu Straßund, gest. 10. Februar 1909 ebenda.
- Josef Weimel, Tischler, geb. 25. Mai 1877 zu Neustadt a. O., gest. 8. Mai 1909 zu Schweidnitz.
- Karl Sebler, geb. 18. Mai 1890 zu Rudolstadt, gest. 9. Mai 1909 zu Jena.
- Gustav Hoffmann, Tischler, geb. 6. November 1868 zu Nuchelberg, gest. 26. Februar 1909 zu Liegnitz.
- Julius Pohl, Tischler, geb. 8. Februar 1878 zu Gr.-Neudorf, gest. 9. April 1909 zu Liegnitz.
- Robert Klein, Maschinenarbeiter, geb. 19. Dezember 1866 zu Voigtsdorf, gest. 31. März 1909 zu Cobmannsdorf.
- Wilhelm Seel, Schreiner, geb. 2. März 1871 zu Altweilau, gest. 4. Mai 1909 zu Neu-Isenburg.
- Friedrich Timmermann, Schiffszimmerer, gest. 13. April 1909.
- Johann Meher, Arbeiter, gest. 5. Mai 1909.
- Heinrich Brand, Tischler, gest. 7. Mai 1909.
- Wilh. Wadmann, Schiffsbauer, gest. 11. Mai 1909.
- Ludolf Wolf, Tischler, gest. 18. Mai 1909.
- Anton Richter, Maschinenarbeiter, geb. 4. Januar 1847 zu Grumbach, gest. 15. Mai 1909 zu Abenau.
- Hans Geterich, Drechsler, geb. 19. Februar 1886 zu Nürnberg, gest. am 16. Mai 1909 ebenda.
- Alois Rögge, Bürstenmacher, geb. 12. 6. 1883 zu Böhlingen, gest. 12. 5. 1909 zu Memmingen.
- Wilh. Buchholz, Tischler, geb. 20. Dezember 1868 zu Falkendick, gest. 7. Mai 1909 zu Herford.
- Josef Hofer, Maschinenarbeiter, geb. 8. August 1868 zu Garching, gest. 17. Mai 1909 zu Eggenfelden.
- Heinrich Prinz, Maschinenarbeiter, geb. 3. Januar 1866 zu Brunsweiler, gest. 29. April 1909 zu Forzheim.
- Lise Hirsch, geb. 6. August 1877 zu Geesthacht, gest. 17. Mai 1909 ebenda.
- Karl Ritzig, Knopfmacher, geb. 10. Dezember 1858 zu Frankenhäuser, gest. 21. Mai 1909 ebenda.
- Josef Wühlmeier, Tischler, geb. 14. September 1866 zu Geshheim, gest. 22. Mai 1909 zu Wemding.

Unsere Lohnbewegung.

In Altona dauert der Streik der Grundriener in der Goldleitenfabrik von Währ u. Gehrens noch fort. Die meisten Streikenden haben andere Arbeit angenommen. Die Firma lehnt angebotene Verhandlungen nach wie vor ab, weil sie mit ihren jetzigen Grundrienern angeblich zufrieden ist. Bemerkenswert sei, daß sich unser Verdacht gegen den Zwischenmeister E. Bomis bestätigt hat. Er hat sich als Streikbrecheragent betätigt und versuchte, einen in Brandenburg arbeitenden Kollegen nach hier zu locken.

In Augsburg scheint der Arbeitgeberschutzverband recht kampflustig zu sein. Im Jahre 1905 errangen sich die Schreinergehilfen im fünfzehntägigen Kampfe den Neunstundentag. Diese Arbeitszeit hat sich bis jetzt gut bewährt, und keinem Meister ist es bisher eingfallen, daran zu rütteln, bis unter Führung des Vorsitzenden des Arbeitgeberschutzverbandes plötzlich am 22. Mai in den Werkstätten eine Bekanntmachung angeschlagen wurde, nach welcher ab Montag, den 24. Mai, die Arbeitszeit auf zehn Stunden pro Tag verlängert werden sollte. Auf diesen Anschlag hin wurde unser Gauborsteher mit dem Bevollmächtigten unserer Zahlstelle beim Bezirksvorstand, Herrn Bradaß, vorstellig, wobei diesem gegenüber die Erklärung abgegeben wurde, daß unter keinen Umständen von der bisher bestehenden Arbeitszeit von neun Stunden abgewichen werde. Bis jetzt haben auch die Meister einen ernstlichen Versuch zur Durchführung ihres Planes nicht unternommen. Den noch außerhalb der Organisation stehenden Holzarbeitern aber möge dieses Vorgehen ein erneuter Fingerzeig sein, wessen sie sich zu versehen hätten, wenn nicht ein starker Verband zum Schutze der Interessen der Kollegenschaft vorhanden wäre, um die finsternen Pläne der Arbeitgeber abzuwehren.

In Hamburg-Altona haben am 15. Mai die in den Kleinbetrieben beschäftigten Stellmacher die Arbeit eingestellt. Sie verlangen die stündige Arbeitszeit, 5 Pf. Lohnzuschlag pro Stunde und einen Mindestlohn von 55 Pf. Außerdem auch die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Die Innung hat diese Forderungen glatt abgelehnt. Der Obermeister der Altonaer Innung, Stadtverordneter Huppert, hatte zwar dem Organisationsvertreter erklärt, die Forderung sei den Verhältnissen entsprechend, in der Innungsversammlung war er aber der unentwegteste Scharfmacher, der keinerlei Rücksicht kannte. Die Folge war große Erbitterung unter den Kollegen, welche

mit 72 gegen 2 Stimmen den Streik beschlossen. Sonnabend, den 16. Mai, meldeten sich 50, am Montag, den 17., 68 Kollegen: 2 Betriebe mit 7 Kollegen bewilligten sofort, 2 haben nachträglich bewilligt. Mit allen Mitteln des Terrors wendet sich die Innung gegen die geregelten Betriebe. Einem Meister trieb man die Kundschaft ab. Die Drahter wollten sogar die Arbeiten der Sozialdemokraten sperren (sie meinen die „Vorwärts“-Genossenschaftsbäckerei), aber der gute Meister, der sein Brot durch unsere Genossenschaft findet, ist ungefallen und hat bewilligt. Die Meister haben eine schwarze Liste, enthaltend 90 Namen der streikenden Kollegen, herausgegeben, und der nord- und süddeutsche Ring der Wagenfabrikanten hat bereits die Verbreitung veranlaßt. Am 25. Mai haben die Kollegen der Wagenfabrik Krufe, 11 Mann, wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Arbeit eingestellt. Der Streik wird weitere Ausdehnung annehmen und werden wohl sämtliche Betriebe davon betroffen, weil der Kampf auf beiden Seiten mit der größten Erbitterung geführt wird. Die übrigen Betriebe — Straßeneisenbahngesellschaft, Busch Aktiengesellschaft, — werfen durch Entlassung der Kollegen diese in die Bewegung hinein, dem wir nicht ruhig zusehen dürfen. Reichlich 100 Kollegen stehen im Kampf. Die Kollegen im Lande können uns tatkräftige Hilfe leisten, wenn sie den Bezug nach Hamburg-Altona streng fernhalten.

In Loth ist der Stand des Streiks der Korbmacher auf der Glashütte unverändert. Die Firma hat sich aber jetzt an die Kreiswälder Strafanstalt gewendet und will dort Demijohns und Körbe anfertigen lassen, die Flaschen sollen dann hier auf der Glashütte vom Hüttenmeister eingeseht werden. Es ist dies des Meisters Idee, er denkt, die Streikenden damit einzuschüchtern; diese sind aber guten Mutes. Sie wissen, daß die Werkstattarbeit doch nicht mit der freien Arbeit konkurrieren kann, und die Firma über kurz oder lang doch wieder Korbmacher haben muß. Es wird gebeten, den Bezug streng fernzuhalten.

In Lüdenscheid sind bei der Firma Otto Kienke Differenzen ausgebrochen. Weil unser Bevollmächtigter ohne Grund, angeblich wegen Arbeitsmangel, gekündigt wurde, reichten alle anderen Kollegen ebenfalls ihre Kündigung ein. Außerdem waren die Kollegen unzufrieden, weil es mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft war, einen Akkordüberschuß auszubezahlen zu bekommen. Trotzdem wurde immer wieder Akkord angeboten, den die Kollegen unter diesen Umständen vertweigerten. Verhandlungen mit Herrn Kienke hatten keinen Erfolg. Er verlangt, daß die über seinen Betrieb verhängte Sperre in der Tagespresse zurückgenommen wird mit dem Ausdruck des Bedauerns, dieselbe überhaupt verhängt zu haben. Aber auch dann will er die alten Leute noch nicht weiter beschäftigen, sondern mit den neu anfangenden Kollegen die Akkorddifferenzen beseitigen. In dem Betriebe von Kienke darf kein Kollege Arbeit annehmen.

Im Ruhrgebiet bröckelt es unter den Arbeitgebern. Konnten wir schon in der vorigen Nummer berichten, daß drei Arbeitgeber in Duisburg unter entsprechenden Zugeständnissen an unsere Kollegen, dem Arbeitgeberbund die Gefolgschaft versagt und ihre Leute wieder eingestellt haben, so können wir heute weiter berichten, daß nunmehr auch die beiden anderen Betriebe, welche ausgesperrt hatten, dem Beispiele gefolgt sind. Auch in diesen beiden Betrieben erhalten die Kollegen sofort eine Arbeitszeitverfügung von 1/2 Stunde pro Tag, sowie auch die übrigen Zugeständnisse wie in den drei ersten Werkstätten. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen und hat damit die Aussperrung in Duisburg ihr Ende erreicht. In Bochum, wo etwa 60 Kollegen gekündigt worden waren, ist die Kündigung wieder nahezu einstimmig zurückgezogen worden und zwar aus dem Grunde, weil die maßgebendsten großen Betriebe versagt und nicht gekündigt hatten. Auch in Pagen haben sich inzwischen einige kleinere Arbeitgeber verhalten lassen. Ihren Arbeitern zu kündigen, wöhrens sich die größeren Unternehmer zugehörig verhalten. Was dort aus der Geschichte werden wird, werden die nächsten Tage zeigen. In Herne sind die bei der Firma J. W. Deubhoff beschäftigten Kollegen seit dem 27. Mai ausgesperrt. Herr Deubhoff glaubte besonders schlau zu handeln, indem er vor kurzer Zeit durch Anschlag in Betrieb die bisher übliche achtstägige Kündigungsfrist ausschaltete, vier Tage darauf aber auf demselben Wege wieder die 14tägige Kündigungsfrist einführen wollte und am selbigen Tage auch den Kollegen kündigte. Die Kündigungsfrist der übrigen Kollegen in Herne läuft am 29. Mai ab. In der Aussperrung befanden sich am 28. Mai in Dortmund 119, Hohlringhausen 13, Gelsenkirchen 52, Herne 27 und Wuer 2 Kollegen, insgesamt 213 nach nunmehr sechswöchentlichen Kampf, während vor Wochen schon die Aussperrung von mehreren tausend Schreinergefellern perfekt sein sollte. Ob sich die Leitung des Arbeitgeberbundes nunmehr bald ihrer Ohnmacht bewußt wird? Herr Rath, Beigeordneter der Stadt Essen, hat sich als Friedensvermittler erboten, jedoch dürfte wohl der von ihm gemachte Vermittelungsversuch nicht zum Frieden führen. Von den Arbeitgebern wurde angebroht, nach den Feiertagen größere Scharen von Arbeitswilligen heranzuziehen. Kollegen allerorts, meiden den Bezug nach dem Ruhrgebiet.

Aus der Holzindustrie.

Die verunglückte Maiaussperrung

der Münchener Schreinermeister liegt der ehrbaren „Nachzeitung“ schwer in den Gliedern. Das ist sehr erklärlich, denn das Organ des Schutzverbandes hat sich bei der Affäre so engagiert, daß es doch jetzt nicht zugeben kann, daß die schlauen Schreinermeister, die den Ratschlägen aus Berlin so blindlings Folge leisteten, die Lächerlichen sind. Mehr noch als die „Nachzeitung“ ist allerdings der Sekretär Bergmüller vom Münchener Arbeitgeberverband an den Folgen der Maiaussperrung interessiert, und er müht sich in Schweiß seines Angesichtes ab, auf dem weißen Papier, das ihm die „Nachzeitung“ bereitwilligst zur Verfügung stellt, den Meinfall der Unternehmer in einen Sieg umzudeuten. Auch uns hat dieser Herr einen Brief zu-

gehen lassen, in welchem er uns mitteilt, daß der in Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wiedergegebene Schiedspruch des Münchener Einigungsamtes insofern unrichtig sei, als die Worte: „Die Arbeiter müssen also wieder eingestellt und es muß ihnen der Lohn für die Sperrungstage nachgezahlt werden“, im Schiedspruch nicht enthalten sind. Wir nehmen von dieser Verächtung gebührend Akt, möchten aber nicht unterlassen, zu bemerken, daß wir den Wortlaut des Spruches der „Frankfurter Zeitung“ entnommen hatten.

In der Nr. 21 der „Nachzeitung“ kommt nun der Münchener Berichterstatter dieses Blattes wieder ausführlich zum Wort und erzählt in der breitesten Weise, mit welcher ungeheuren Aufwand von Intelligenz und Geschicklichkeit der Herr Sekretär Bergmüller die Sache der beklagten Firma „Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk“ vor dem Gewerbegericht vertreten habe. Ja, der Herr Bergmüller ist ein großes Licht, und seinen Fähigkeiten ist es zu danken, daß die Kläger mit ihrer Forderung auf Entschädigung abgewiesen wurden. Diese Abweisung erfolgte nämlich in den Fällen, wo die Arbeiter am 30. April entlassen wurden. Das Gewerbegericht steht auf dem Standpunkt, daß damit das Arbeitsverhältnis gelöst war, und die Entscheidung über die Verpflichtung zum Schadenersatz vom ordentlichen Gericht gefällt werden muß.

Anderer liegt aber die Sache in den Fällen, wo Akkordarbeiter ausgesperrt wurden. Weitere Prozesse haben nämlich inzwischen erwiesen, daß der im Fetzdruck wiedergegebene Satz der „Nachzeitung“: „daß prinzipiell das Gewerbegericht seine Zuständigkeit verneint hat“, unzutreffend ist. Alle schlauen Winkelzüge des Herrn Bergmüller konnten nicht verhindern, daß die beklagten Unternehmer verurteilt wurden, den widerrechtlich ausgesperrten eine Entschädigung zu zahlen.

So wichtig und wertvoll es für uns ist, daß die Unternehmer, die sich durch die Hezereien des Schutzverbandes zu einer frivolen Aussperrung verleiten ließen, nun die Kosten zu zahlen haben, so kommt doch die Frage der Entschädigung für uns erst in zweiter Linie in Betracht. Vor allen Dingen muß festgehalten werden, daß das Einigungsamt einstimmig (also mit Einschluß der Unternehmerbeisitzer) festgestellt hat, daß sich der Arbeitgeberverband mit der Aussperrung eine Vertragsverletzung zuschulden kommen ließ. Auf der Gegenseite entkräftet man sich immer wieder, wenn wir den Unternehmern mangelnde Vertragstreue vorwerfen; hier haben sie von einem unparteiischen Gerichtshof bestätigt, daß sie sich leichtfertig über den Vertrag hinweggesetzt haben. Das mag für die Herren nur so peinlich sein, als die Münchener Unternehmer dem Deutschen Holzarbeiterverband stets das Zeugnis ausstellen mußten, daß von ihm der Vertrag gewissenhaft beachtet wird.

Es ist ja verständlich, daß sich Herr Bergmüller in dieser fatalen Lage bemüht, zu retten, was zu retten ist. So sucht er u. a. in Nr. 20 der „Nachzeitung“ den Nachweis zu führen, daß der Holzarbeiterverband die Verpflichtung gehabt hätte, die Schlichtungskommission anzurufen, als der Arbeitgeberbund die Aussperrung für den Fall der Arbeitsruhe am 1. Mai androhte. Ob er mit dieser Wortklauberei bei den Lesern der „Nachzeitung“ Glück hat, wollen wir dahingestellt sein lassen. Für jeden objektiv Denkbaren ist aber noch Frage der Dinge klar, daß der Arbeitgeberbund nicht nur ein solches Recht nicht anbot, als seine Pflicht am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen. Der Arbeitgeberverband wollte dagegen in Form der Aussperrung eine Neuerung einführen, und da wäre es an ihm gewesen, der Schlichtungskommission rechtzeitig, vor der Durchführung seiner Maßnahmen, die Frage vorzulegen, ob er zu seinem Vorhaben berechtigt ist. Der Arbeitgeberbund hat sich über diese selbstverständliche Pflicht hinweggesetzt und mußte es daher erleben, daß sein Handeln nachträglich vom Einigungsamt als Vertragsbrüchigkeit gebrandmarkt wurde.

Die „Nachzeitung“ hat sich kürzlich recht unvorsich dagegen gewehrt, daß wir es wagten, ihr unerbetene Ratschläge zu erteilen. Obwohl wir also auf Dank nicht zu rechnen haben, wollen wir doch nicht unterlassen, das Unternehmerorgan auf einen Artikel hinzuweisen, der unter der Überschrift: „Tarifvertrag oder Kaufrecht?“ in der Nr. 216 der „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 9. Mai erschienen ist. Dort spricht sich „einer der bedeutendsten Arbeitgeber der Holzindustrie“ recht abfällig darüber aus, daß sich die Schlichtungskommission als unzuständig erklärt habe, weil die Frage der Maifeier außerhalb des Tarifvertrages stehe. Inzwischen ist ja der Spruch der Schlichtungskommission, der auf Betreiben der Arbeitgeber gefaßt wurde, durch das Einigungsamt rektifiziert worden, aber immerhin ist es interessant, was der fragliche Arbeitgeber zu den Bemühungen des Arbeitgeberbundes und seines Sekretärs sagt, Fälle zu konstruieren, die der Entscheidung der tariflichen Schiedsinstanzen entzogen sind. Die Auffassung, erklärt er, daß es zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, insbesondere zwischen den beiderseitigen Verbänden, Differenzen geben kann, die nicht unter den Tarif fallen, macht, in die Praxis umgesetzt, den ganzen Tarifvertrag wertlos.

„Wir wollen“, erklärt er weiter, „während der Dauer des abgeschlossenen Tarifs keinerlei Differenzen, mit der jederzeit heiderseits leicht zu konstruierenden Begründung, daß ein Fall außerhalb des Tarifs stehe, durch Gewalt lösen lassen, weil wir mit gutem Grund den Tarifvertrag an Stelle des Kaufrechtes gesetzt haben und setzen wollten. Das Gewerbegericht

hat daher mit Recht die unhaltbare Anschauung der Schlichtungskommission einstimmig verworfen. Es ist zu wünschen, daß die beiderseitigen unmittelbar Beteiligten und auch andere ähnliche Organisationen hieraus die richtige Lehre ziehen und den Tarifvertrag auch praktisch zu einem wirklichen Friedensdokument gestalten.“

Vielleicht machen diese Worte eines der bedeutendsten Münchener Holzindustriellen auch auf den Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes einigen Eindruck. Möglicherweise fühlt er sich nunmehr bewogen, auch den überflüssigen Sekretär in München zurückzupfeifen. Der Umstand, daß nur verhältnismäßig wenige Münchener Unternehmer den Befehlen der Berliner Schutzverbandsleitung in bezug auf die Maiaussperrung Folge leisteten, läßt die Vermutung begründet erscheinen, daß die Mehrzahl der Münchener Arbeitgeber auf dem Standpunkt des Gewährsmannes der „Neuesten Nachrichten“ steht. Also ihr Herren vom Arbeitgeberbund und vom Schutzverband, etwas weniger Kniffe und Pfliffe und Auslegungskünste, statt dessen aber mehr Ehrlichkeit bei der Durchführung des Vertrags!

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie hat im Monat April eine kleine Besserung erfahren. Nach den Berichten des „Reichsarbeitsblatt“ zeigte sich im Zusammenhange mit der Lage im Baugewerbe, wo sich der im letzten Teile des Monats März eingetretene Aufschwung weiter fortsetzte, ohne allerdings eine besondere Höhe zu erreichen, auch in der Bautischlerei eine leichte Besserung. Ebenso hat sich der Geschäftsgang in der Salonsie- und Holzpfasterfabrikation gebessert, dagegen war er in der Kistenfabrikation noch ebenso schwach wie im Vormonat. Der Bau von Zugzügen und Karosserien wurde flott betrieben und überstieg den im gleichen Monat 1908. Eine Besserung ist teilweise in der Möbelfabrikation eingetreten. Immerhin bleibt die Beschäftigung nach der Mehrzahl der Berichte hinter der des Vorjahres zurück. Die Sonneberger Spielwarenindustrie hat eine Verschlechterung aufzuweisen, da die Aufträge aus Großbritannien, das in den ersten vier Monaten sonst gut bestellt, diesmal fast völlig ausblieben. Die Verschlechterung, sowohl gegen den Vormonat wie gegen das Vorjahr, wird auf 25 Proz. bemessen. Die Arbeitszeit wurde verkürzt. Der Geschäftsgang der Betriebe für Eisenbahnwagenbau ließ nach den eingegangenen Berichten noch immer sehr zu wünschen übrig. Reichliches Arbeiterangebot wird vor allem aus den Großstädten berichtet. — Nicht ganz in Uebereinstimmung damit befindet sich ein Bericht über die Beschäftigung im Waggonbau, der kürzlich der „Frankfurter Zeitung“ aus Düsseldorf zugeht. Danach wäre die Beschäftigung der deutschen Waggonbauanstalten, im Hinblick auf die allgemein gedrückten Verhältnisse in der ganzen Industrie, noch als ziemlich befriedigend zu bezeichnen gewesen. Die letzten Monate brachten indessen einen beträchtlichen Rückgang der Bestellungen, und wenn an Stelle der zur Aufarbeitung gelangenden Aufträge nicht bald neue, und zwar solche nennenswerten Umfangs treten, wird auch in der Waggonbauindustrie über kurz oder lang ein scharfer Mangel an Arbeit hervortreten. Die Beschäftigung der Fabriken hängt zu einem großen Teil von den Zuweisungen der Eisenbahnverwaltung ab; die Ausschreibungen erfolgen von dort für ein ganzes Staatsjahr und werden dann in zwei Abschnitten an die Werke verteilt. Nun liegt bereits die vorzige Periode einer starken Kürzung der Auftragsmengen erkennen, und für den laufenden Sicherungsausschnitt tritt die Reduzierung noch stärker in Erscheinung. Jedem ist seitens des Ministers aus dem Auftragsverträge gekündigt worden, so daß der Nutzen gegen früher bedeutend zurückgeht; jedenfalls muß an Hand der augenblicklichen Beschäftigung der Werke und der Ausschreibungen für die nächste Zeit damit gerechnet werden, daß die bisherige Rentabilität der Waggonfabriken in absehbarer Zeit eine nicht unbedeutliche Kürzung erfahren wird.

Die Budapester Tischlersektion des ungarländischen Holzarbeiterverbandes ist bekanntlich gegen Ende des vorigen Jahres von der Regierung aufgelöst worden. Das im Verein mit der gleichzeitig erfolgten Suspendierung des Metallarbeiterverbandes war das Signal zu einem 24stündigen Generalkstreik in Budapest, der in glänzender Weise durchgeführt wurde und seine Wirkung nicht verfehlt. Bald darauf hat das Ministerium den aufgelösten Vereinen gestattet, die Unterstüzungen weiterzuzahlen. Nun ist auch der Gewaltstreik in aller Form rückgängig gemacht worden. Durch ein Dekret des Ministers vom 5. Mai wurde der Suspendierungsbeschluss rechtskräftig aufgehoben.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908.

Die Zahl der in Deutschland vorhandenen Gewerkschaftskartelle hat, wie wir der in der Statistischen Beilage des „Corresp.-Blattes“ abgedruckten Statistik entnehmen im Jahre 1908 wiederum eine Zunahme erfahren. Am Schluß des Jahres 1907 wurden 587 Kartelle gezählt, Ende 1908 aber 623. Von diesen haben sich 606 an der Statistik beteiligt. Die fehlenden Kartelle sind durchweg solche an kleineren Orten, so daß der Wert der Statistik durch diesen Mangel nicht wesentlich beeinflusst wird.

Den 606 an der Statistik beteiligten Kartellen sind angeschlossen 8487 Gewerkschaften mit 1560 896 Mitgliedern. Davon sind Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden 8400, die zusammen 1555 101 Mitglieder zählen. Im Jahre 1907 wurden 7720 Zweigvereine mit zusammen 1 590 063 Mitgliedern, als den Kartellen angeschlossen gezählt. Es ist demnach gegenüber dem Jahre 1907 eine Erhöhung der

Zahl der angeschlossenen Zweigvereine um 680 eingetreten, dagegen hat sich der Mitgliederstand der angeschlossenen Zweigvereine um 34 903 verringert. Die höhere Zahl der Zweigvereine findet ihre genügende Erklärung darin, daß an der diesjährigen Statistik 48 Kartelle mehr beteiligt sind, darunter eine Anzahl größerer, die in der Statistik des Jahres 1907 fehlten. Die trotz der erhöhten Beteiligungsziffer an der Statistik stattgefundene Verminderung der den Kartellen angeschlossenen Mitglieder der Zentralverbände kann nur auf einen bei diesen eingetretenen Mitgliederverlust zurückgeführt werden, der ja bei der herrschenden Wirtschaftskrise ohne weiteres erklärlich ist und auch in den Jahresberichten der Verbände zum Ausdruck kommt.

Bis zum Jahre 1907 waren den Kartellen noch eine Reihe von Lokalorganisationen angeschlossen. Diese sind jetzt aus der Statistik verschwunden. Zum Teil sind die betreffenden Lokalvereine entsprechend den Beschlüssen der letzten Parteitage zu den Zentralverbänden übergetreten. Wo das nicht geschehen ist, sind die Vereine entweder aus den Kartellen ausgetreten oder aus ihnen ausgeschlossen worden. Bei den in der vorliegenden Statistik noch enthaltenen 37 Organisationen mit 5795 Mitgliedern, die der Generalkommission nicht angeschlossen sind, handelt es sich um Organisationen, die mit den sogenannten Lokalistern nichts zu tun haben. Es sind unter ihnen die Vereine der Dienstboten, die sich inzwischen zu einem Zentralverband zusammengeschlossen haben, einige Abteilungen des Verbandes der Isolierer, die nunmehr ebenfalls der Generalkommission angeschlossen sind, ferner Filialen des Verbandes der Gastwirte usw.

In Erfüllung ihrer vornehmsten Aufgabe, der Verbreitung der gewerkschaftlichen Agitation am Ort, haben die Kartelle 2668 allgemeine und 1474 berufliche Versammlungen abgehalten, das sind 290 Versammlungen mehr als im Vorjahre. Leider gibt es noch 47 Kartelle, die überhaupt keine Versammlungen abgehalten haben. Behauerliche Weise ist auch in der Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen und der Arbeiterinnenkommissionen ein Rückgang eingetreten. Die Zahl der Orte mit weiblichen Vertrauenspersonen ging von 48 auf 30 zurück, und Arbeiterinnenkommissionen wurden im Jahre 1907 noch 25, 1908 aber nur noch 18 gezählt.

Statistische Erhebungen wurden in 188 Fällen von 161 Kartellen angestellt, davon betreffen 144 Erhebungen die Zahlung der Arbeitslosen. In 12 Fällen wurden Aufnahmen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und in 22 Fällen sonstige Erhebungen veranstaltet. Dem Zweck der Arbeitsschutz dienten 126 Beschauderkommissionen für Gewerbeinspektionsfachen, 233 Bauarbeiterbeschaukommissionen und 63 Kommissionen zur Beseitigung des Alkohols und Logiszwanges.

Nicht erfreulich ist die intensive Tätigkeit der Kartelle bei der Förderung der Bildungsbestrebungen. Das Verhältnis für den Wert der Zentralisation im Bibliothekwesen bricht sich immer weiter Bahn; die Zahl der Kartelle mit gemeinsamer Bibliothek ist von 374 auf 430 gestiegen. Während im Jahre 1907 von 56 Kartellen Lesezimmer unterhalten wurden, bestand diese Einrichtung im Jahre 1908 in 70 Kartellen. In 235 Kartellorten bestanden Bildungsausschüsse und in 234 Orten wurden Jugendkommissionen unterhalten. Referentennachweise hatten 50 Kartelle eingerichtet.

Die Zahl der Orte mit Gewerkschaftshäusern hat eine Steigerung von 33 auf 51 erfahren. Soweit es sich um eigene Häuser handelt, sind in der Regel zu ihrer Erhaltung und Verwaltung besondere genossenschaftliche Unternehmungen geschaffen worden. In vielen Fällen befinden sich aber die Häuser nicht im Besitz der Gewerkschaften oder der erwähnten Genossenschaften, sondern es sind mit den Besitzern langjährige Verträge abgeschlossen, welche den Gewerkschaften die ausschließliche Benutzung der Lokale sichern und sie an dem finanziellen Ergebnis interessieren. Der Bericht unterläßt nicht, auch bei dieser Gelegenheit wieder auf die mit den Gewerkschaftshäusern gemachten unliebsamen Erfahrungen hinzuweisen, die zur höchsten Vorsicht mahnen.

An 86 Orten bestehen Arbeitersekretariate, die von Kartellen unterhalten werden. In verschiedenen Fällen sind an dem Unterhalt eines Sekretariats mehrere Kartelle beteiligt. Es trifft dieses zu bei den Sekretariaten, die für größere Bezirke errichtet sind, ferner bei solchen, die sich in größeren Orten befinden, um welche sich in nicht allzu weiter Entfernung kleinere Kartelle gruppieren. Außer den Sekretariaten werden noch von 157 Kartellen Rechtsauskunftsbureaus unterhalten. Ueber die Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftstellen wird später besonders berichtet werden.

Die Einnahmen der Kartelle bestehen neben Ueberträgen aus Veranstaltungen und Unternehmungen hauptsächlich in festen Beiträgen der angeschlossenen Gewerkschaften. Von den 606 an der Statistik beteiligten Kartellen erheben einen festen Beitrag pro Mitglied 599. Von 2 Kartellen wird als Beitrag ein bestimmter Betrag von jeder verkauften Beitragsmarke berechnet. Zwei weitere Kartelle erheben von den Gewerkschaften eine bestimmte Pauschalsumme und 8 Kartelle haben über die Beitragsleistung keine Angaben gemacht. Unter den 159 Kartellen, die feste Beiträge pro Mitglied erheben, betragen sich 102, welche getrennte Beitragsleistung für die Kartellkasse und das Sekretariat haben.

Ueber Einnahmen und Ausgaben der Kartelle liegen aus 589 Orten Angaben vor. Diese 589 Kartelle hatten Gesamt Einnahmen: an Beiträgen 610 446 Mk., an

Streifensammlungen 9887 Mk., an sonstigen Einnahmen aus den Ueberträgen von Veranstaltungen und Unternehmungen, Sammlungen, Schriftenvertrieb usw. 275 858 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 896 291 Mk. Dieser Gesamteinnahme steht eine Ausgabe von 883 158 Mk. gegenüber. Der Kassenbestand dieser Kartelle ist gegen das Vorjahr um 13 133 Mk. gestiegen und betrug am Schluß des Jahres 1908 484 903 Mk.

Der Bergarbeiterverband hielt seine Generalversammlung vom 16. bis 21. Mai in Eisenach ab. Das gute Verhältnis, das zwischen den Werkbestizern und den Bergarbeitern besteht, wird trefflich illustriert durch die Tatsache, daß mehrere Delegierte keinen Urlaub zur Generalversammlung erhalten haben; zwei Delegierte ist sogar die Kündigung in die Generalversammlung nachgeschickt worden. — Die Diskussion über den Geschäftsbericht zielte u. a. einen Antrag, der die Unterstützung der wegen der Maifeier ausgesperrten oder gemäßigten Mitglieder durch den Verband wünscht. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Weitere Anträge bezogen sich auf das Zusammengehen mit den anderen Bergarbeiterorganisationen. Hierzu führte der Verbandsvorsitzende Sachse aus, daß die Siebenerkommission nicht mehr existiert. Die Polen haben sich zurückgezogen, weil der christliche Verband sich weigerte, seinen Generalsekretär Behrens aus der Kommission zu entfernen, nachdem er in der Angelegenheit des Sprachenparagrafen im Reichsvereinsgesetz eine so schätzbare Rolle gespielt hat, und auch der Bergarbeiterverband ist ausgetreten. Falls künftig die Notwendigkeit eintreten sollte, eine neue Kommission zu bilden, würde der Bergarbeiterverband mit den Polen und den Hirsch-Dunderfischen in Verbindung treten und auch die Christen einladen. Es bleibt dann den letzteren überlassen, ob sie mitmachen wollen. — Das Statut des Verbandes wurde insofern abgeändert, als Staffelleistungen eingeführt wurden. Mitglieder unter 3 Mk. Tagesverdienst zahlen 30 Pf., die übrigen Mitglieder 40 Pf. Außerdem ist noch eine Beitragsklasse mit 50 Pf. gebildet, zu welcher der Beitritt freiwillig ist. 13 Proz. der Beiträge verbleiben den Zahlstellen. Die Gemäßigtenunterstützung beträgt in den drei Klassen 10 bzw. 12 und 14 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wird nach einjähriger Karenz pro Tag 75 Pf. bzw. 1 Mk. und 1,25 Mk. gezahlt. Nach drei Jahren steigen diese Sätze auf 90 Pf. bzw. 1,20 Mk. und 1,50 Mk., nach fünfjähriger Mitgliedschaft auf 1 Mk. bzw. 1,40 Mk. und 1,75 Mk., und nach 10jähriger Mitgliedschaft wird 1,20 Mk. bzw. 1,60 Mk. und 2 Mk. gezahlt. Von der zweiten Krankheitswoche ab wird als Unfallunterstützung in den drei Klassen wöchentlich 2,40 Mk. bzw. 3 Mk. und 3,60 Mk. bezahlt. Das Sterbegeld, welches nach einjähriger Mitgliedschaft 20 Mk. bzw. 30 Mk. und 40 Mk. beträgt, steigt nach siebenjähriger Mitgliedschaft auf 70 Mk. bzw. 80 Mk. und 90 Mk. — Erwähnenswert ist noch der Beschluß, die Inserate in der „Bergarbeiter-Zeitung“ abzuschaffen.

Eine Leistung der „Post“-Esel. Auf der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes wurde u. a. beschlossen, die Inserate aus dem Verbandsorgan zu beseitigen. Der Grund für diesen Beschluß, der in ähnlicher Weise schon vor längerer Zeit auch von unserem Verbandstage gefaßt wurde, ist sehr nahelegend. Um mehr Raum für belehrende Artikel und Notizen zu gewinnen, verzichtet man auf die Einnahme aus den Inseraten. Der Redaktion der scharfmacherischen „Post“ ist dieser Grund aufschreiend ganz unfaßbar, sie kann es nicht begreifen, daß Gewerkschaften aus rein idealen Gründen auf eine mehr oder minder reichlich fließende Einnahmequelle verzichten, und von sich auf andere schließend, wittern sie hinter den Beschluß irgendein furchtbares Geheimnis. In seiner Nr. 23 vom 17. Mai schreit das Blatt:

„Die scharfmacherische „Post“ hat sich dem demokratischen Bergarbeiterverbandes in der Antrag des Verbandsvorstandes, welcher Beseitigung aller Geschäfts- und Glückwunschinserate aus der „Bergarbeiter-Zeitung“ vorsah, angenommen worden. Dieser merkwürdige Beschluß findet seine Erklärung darin, daß man verbandsseitig ein für allemal „unberufene“ Kritiker hindern will, aus der Art des Inseratenteils Schlüsse auf die Kaufkraft der Leserschaft zu ziehen. Und diese Kaufkraft muß den laufenden Annoncen nach zu urteilen, als recht beträchtlich bezeichnet werden. Die angepriesenen vorzüglichen Weine, die teuren Zigaretten, die Galanteriewaren, teuren Seifen und Parfüms, Sportartikel usw. sind eben Luxusartikel, — die Arbeiterverbände aber wollen es nicht wahr haben, daß der Bergmann für seine an sich gewiß schwere Arbeitsleistung auch einen Lohn bezieht, der ihn in den Stand setzt (im Gegensatz zum Kleinhandwerker), sich einen gewissen Luxus zu gestatten.“

Jeder Kommentar würde die Wirkung dieses „Geistes-Blitzes“ nur abschwächen. Wenn der selige Freiherr von Stumm noch lebte, dann hätte er wieder Gelegenheit zu fragen: „Welcher Esel hat denn das geschrieben?“

Im Bildhauerverband hat unmittelbar vor dem Zusammentritt des Verbandstages eine Urabstimmung über den Anschluß an den Holzarbeiterverband stattgefunden. Es wurden 2691 gültige Stimmen abgegeben. Für den Uebertritt stimmten 1142 oder 42,4 Prozent, während sich 1536 Mitglieder oder 57,1 Prozent dagegen erklärten. Drei-zehn Zettel waren unbeschieden. Von den Angehörigen der Holzbranche war die Mehrheit, nämlich 55 Prozent, für den Anschluß, doch stimmten von der Modellbranche nur 13,1 Prozent und von der Steinbranche 11,7 Prozent für den Anschluß, so daß also das Gesamtergebnis eine Ablehnung des Anschlusses bedeutet.

Der Schiffszimmereverband hielt seine Generalversammlung vom 16. bis 20. Mai in Kiel ab. Ein Antrag, mit dem Metallarbeiterverband zwecks Uebertritts in Unterhandlungen zu treten, wurde abgelehnt, dagegen wurde beschlossen, die Frage der Verschmelzung in den Mitgliederkreisen zu erörtern und die Beschlussfassung bis zur nächsten Generalversammlung zu vertagen. Die Beiträge sowie die Unterstützungen werden auf der bisherigen Höhe belassen, doch wurde beschlossen, künftig auch Lehrlinge auf-

zunehmen, die 25 Pf. wöchentlich als Beitrag zu zahlen haben. Die seitherige Einrichtung der Bezirksleiter wird abgeschafft, dafür soll ein zweiter besoldeter Beamter angestellt werden, dessen Stelle ausgeschieden wird.

Christlicher Terrorismus. Der Redakteur der „Frankfurter Tagespost“ hatte kürzlich das Treiben der christlichen Führer in Neumarkt i. d. Oberpfalz unter die Lupe genommen. Einer der Herren, der sich getroffen fühlte, reichte deshalb eine Beleidigungsklage ein, und hatte auch die Genehmigung, daß sein Gegner zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Besonders stolz werden aber die Christen auf diesen Prozeß nicht sein, denn es wurde vor Gericht glatt bewiesen, daß die Christlichen den behaupteten Terrorismus verübt hatten; ja, es wurde sogar unwidersprochen festgestellt, daß es die Herren so schlimm getrieben hätten, daß der in Frage kommende Betriebsinhaber alle christlich organisierten Arbeiter entlassen mußte, um Ruhe zu bekommen.

In der Urteilsbegründung sagte der Richter, daß durch die Verhandlung bewiesen worden ist, daß der Kläger ein roher Mensch, und daß die Agitationsweise der Christlichen äußerst terroristisch ist; die Arbeiter unter Androhung von Schlägen zum Beitritt in die christliche Organisation zu zwingen, sei verwerflich. — Solche Kleinigkeiten belasten jedoch das christliche Gewissen nicht sehr; sie werden deshalb nicht weniger über „sozialdemokratischen Terrorismus“ zu schwindeln.

Technisches.

Aus der Geschichte der Orgel.*) Auch unser mächtigstes Tasteninstrument, die Orgel, hat seine lange Entwicklungsgeschichte, deren Anfänge im grauen Altertum liegen. Als Erfinder dieses Instruments, das man sich als eine Verschmelzung der Sphing oder Panflöte mit dem Dudelsack vorstellen kann, wird der Mathematiker Metastibius, der im zweiten Jahrhundert vor Christo in Alexandria lebte, genannt. Ihm verdanken wir die vielfach kommentierte Wasserorgel, bei der aller Wahrscheinlichkeit nach ein halb mit Wasser gefüllter Zylinder zur Regulierung der Luft dienen sollte, die mit Hilfe von Luftpumpen beschafft wurde. Eine weitere Verbreitung scheint dies Instrument aber nicht gehabt zu haben, da schon im vierten Jahrhundert nach Christo rein pneumatische Orgeln mit Blasbalgen in Gebrauch sind. Daß Karl der Große von den griechischen Gesandten im Jahre 812 eine Orgel erhielt, von der behauptet wurde, daß sie das Rollen des Donners, wie den sanften Ton der Hyren und Zimbeln nachahmen konnte, ist eine bekannte Tatsache, und von dieser Zeit an ist wohl der Beginn des Orgelbaues in Deutschland zu rechnen, wofür auch das Aufkommen von wissenschaftlichen Abhandlungen über die Mensur der Orgel Pfeifen spricht.

In der primitiven Form dieser Zeiten können wir die Orgel allerdings nur in beschränktem Sinne ein Tasteninstrument nennen, da an Stelle der Tasten Schieber vorhanden waren, die angezogen und zurückgestoßen werden mußten, so daß der Spieler zur Erzeugung eines Tones die ganze Hand gebrauchen mußte. Demgegenüber war es natürlich schon ein großer Fortschritt, als um die Wende des zwölften Jahrhunderts wirkliche Tasten an den Orgeln aufkamen, die aber so ungefüge und schwerfällig waren, daß man sie mit gehaltener Faust niederschlagen mußte, woher der Ausdruck „Orgel schlagen“ stammt. Die Konstruktion von kleinen tragbaren Orgeln, sogenannten Portativen, in weiterem Sinne allerdings auch Positiven, hat augenscheinlich sehr fördernd auf die Verfeinerung der Klaviaturdimensionen eingewirkt, so daß man gegen 1400 immerhin schon musikalisch brauchbare Orgelwerke hatte. Von der Zeit an ist eine stete Entwicklung des Orgelbaues zu konstatieren.

Eingesandt.

Zentralkommission der Korbmacher.

Da der seitherige Vorsitzende der Kommission, Kollege Winkler, sein Amt niedergelegt hat, bitten wir, von heute ab alle Zuschriften an untenstehende Adresse zu richten:
Die Zentralkommission,
F. M.: Emil Lehmann,
Friedrichsfelde bei Berlin, Waldseeuferstr. 26.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Vorkäuser des neueren Sozialismus**, von Karl Kautsky. Zweite, durchgesehene Auflage. Erster Band: **Kommunistische Bewegungen im Mittelalter**. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Zweiter Band: **Der Kommunismus in der deutschen Reformation**. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Diese beiden Bände bildeten früher den ersten Teil der von Kautsky, Mehring und anderen herausgegebenen Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen. Eine Neuaufgabe des Gesamtwerkes wurde fallen gelassen; aus praktischen Gründen ist es in einzelne Bände zerlegt worden, die in selbständiger Form erscheinen, wie es bereits mit Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und Bernstein's Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution geschehen ist.

In den oben angezeigten beiden Bänden wird den Lesern eines der bedeutendsten Werke Kautsky's dargeboten, das sich in unmittelbarer Folge an den Ende 1908 erschie-

*) Aus dem neuen Lieferungswerk: **Der Siegeslauf der Technik**. Ein Hand- und Hausbuch der Erfindungen und technischen Erzeugnisse aller Zeiten. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner und Gelehrter vollständig dargestellt und herausgegeben von Geh. Regierungsrat Max Bittel. 2000 Seiten Text. Ueber 2000 Abbildungen. 50 Kunstblätter. Vollständig in 50 Lieferungen zu je 60 Pfennig. Verlag der Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, Berlin, Leipzig.

